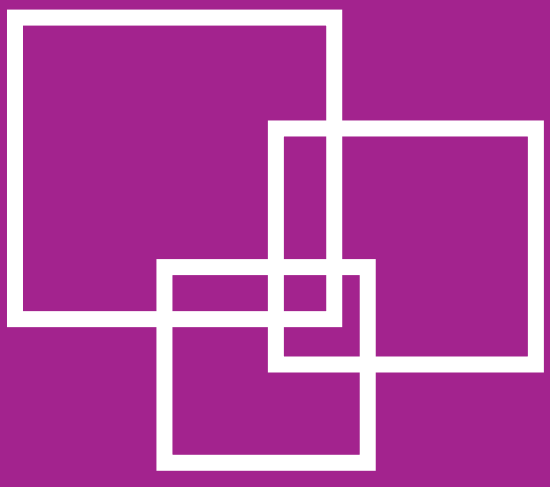
ALHAMBRA

ZEITUNG & PROGRAMM

JULI/AUGUST 2012



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
14. August 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

feminismus
Take back the night-Demo 2012 6
Redebeitrag: Recht auf Straße (Hamburg-St. Georg) 6
Abschlussredebeitrag 8

1. mai
Sonne, Pfefferspray und die Sehnsucht nach einem besseren Leben 10
Der beste Platz für Wägen ist immer noch der Stau 11
Der Anlass ist traurig: Redebeitrag zum NSU 13

antimilitarismus
Bundeswehrkonzerte: Aufruf & Berichte 16

krise
10. Mai: Aktion gegen die Krisenpolitik in Oldenburg 19
Solidarität von unten statt Vereinzelung und Spaltung 20

recht auf stadt
Haus Friedensbruch: Offener Brief an Peter Thomas 22
Wagenburg: Unter dem Laster liegt der Neubaurand 23

antifaschismus
Kritik der akzeptierenden Jugendarbeit 25

Ankündigungen 27

August 2012:
Neubau der Frauen-Klos
im Alhambra.
Mithilfe erwünscht!

FDITORIAL

Anfang Juni war der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann in der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg zu Gast um seine Geschichte zu erzählen. Der heute 90-Jährige wurde mit 19 Jahren in die Wehrmacht eingezogen und desertierte 1942 in Frankreich. Bereits einen Tag nach seiner Flucht wurden er und ein Freund von deutschen Grenzposten verhaftet. Was folgten waren Jahre geprägt von Angst, Schrecken und Folter. Nach einem zehnmonatigen Aufenthalt in einer Todeszelle in einem Wehrmachtsgefängnis erfuhr Ludwig Baumann, dass seine wegen „Fahnenflucht im Felde“ angesetzte Todesstrafe zu einer 12-jährigen Strafe im Zuchthaus umgewandelt worden war. Diese erlitt er vorerst im KZ Esterwegen sowie anschließend im Wehrmachtsgefängnis Torgau, wurde dann jedoch im Verlauf des Zweiten Weltkrieges als Teil eines Strafbattaillons an die Ostfront geschickt, wo er nach Ende des Krieges in Kriegsgefangenschaft gelangte.

Anstatt Ludwig Baumann bei seiner Heimkehr als Helden zu ehren, weil er sich – wie auch die mindestens 30 000 hingerichteten Deserteure der Wehrmacht – dem mörderischen und menschenverachtenden NS-Regime verweigerte, verachtete ihn das post-faschistische Deutschland zutiefst. Für die meisten Deutschen galt Baumann in der Bundesrepublik als „Vaterlandsverräter“, was ihm sehr eindrücklich und schmerzhaft immer wieder klar gemacht wurde. Mehr als fünfzig Jahre kämpfte er gemeinsam mit etwa vierzig anderen Wehrmachtsdeserteuren für die politische Rehabilitation – also die Aufhebung der von den Nationalsozialisten getätigten Gerichtsurteile. Dieses Ziel konnten sie 2002 nach langwierigen politischen Auseinandersetzungen endlich erstreiten. Seinen Vortrag in Oldenburg beendete Ludwig Baumann mit den Worten „Nie wieder Krieg!“.

Diese Worte nahmen sich am Montag den 18. Juni auch wieder zahlreiche Oldenburger Antimilitarist_innen zu Herzen, als es wieder einmal hieß, Bundeswehrpropaganda zum Desaster zu machen. Im Gegensatz zum letzten Jahr gelang es dieses Mal nur sehr eingeschränkt, effektiv zu stören. Dies lag vor allem an einem übermäßigen Polizeiaufgebot, welches die zynische Propagandaveranstaltung der Bundeswehr auf dem Rathausmarkt hermetisch abriegelte und jeden Protest dagegen unterbinden wollte, der das Potenzial hatte zu stören. Allgemein ist gerade eine zunehmende Repression gegen antimilitaristische Aktivitäten in Oldenburg zu beobachten, was sich nicht nur an dem Polizeiaufgebot und deren Verhalten beim „Benefizkonzert“, sondern sich auch anhand zunehmender Prozesse gegen Antimilitarist_innen beobachten lässt. Das ist nervig und wird noch einige getrunkene Soli-Getränke zur Folge haben müssen. Klar ist aber, dass sich der antimilitaristische Widerstand in Oldenburg weiterhin gegen die Bundeswehr und die mit ihr verbundene mörderische Politik stellen wird.

Auch in Sachen Antifa ist in Oldenburg wieder einiges passiert. Neben den seit November 2011 kontinuierlich stattfindenden Protesten gegen den, auch in seiner eigenen Partei immer mehr an Beliebtheit verlierenden, NPD Ratsherren Ulrich Eigenfeld, kam es im Juni zu einer großflächigen Outingaktion. Dabei wurden die Neonazis Robin Sudbrink, Erik Bruhn und Lyzian Bankmann aus Hude (Landkreis Oldenburg) aus ihrer Deckung geholt und ihnen klar gemacht, dass es kein ruhiges Hinterland für sie gibt.

Wir freuen uns über die kontinuierliche Arbeit des vor einigen Monaten wieder belebte Oldenburger Bündnis gegen Rechts. So organisiert das Bündnis am 7. Juli einen demonstrativen Stadtrundgang. Auf diesem Gang soll an Orte der Diskriminierung und Ausgrenzung erinnert und auf diese hingewiesen werden.

Genießt den Sommer und macht was draus. Es gibt viele Gelegenheiten, wie ihr unter anderem in den Ankündigungen dieser Ausgabe lesen könnt, nicht nur auf ‚nem Liegestuhl Sonne zu tanken, sondern auch gegen die herrschenden Verhältnisse zu kämpfen.

Eure Redaktion

Arbeitskampf bei der Nordwest-Zeitung

Oldenburg Die Nordwest-Zeitung (NWZ) ist im Sommer 2011 aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen. Die Belegschaft kämpft seitdem für einen Haustarif, um den Schutz des Flächentarifvertrags zu sichern. Anfangs versuchten die Mitarbeiter_innen mit aktiven Mittagspausen die NWZ-Geschäftsführung unter Druck zu setzen. Seit März haben sie nun an mehreren Tagen gestreikt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In mittlerweile vier Verhandlungsrunden war die Geschäftsführung zu keinen Zugeständnissen bereit. Nun liegen die Verhandlungen auf Eis, da nach der letzten Verhandlungsrunde kein neuer Termin vereinbart wurde. Weder auf die geforderte Beschäftigungssicherung noch auf die Angleichung der Bezahlung für Leiharbeiter_innen will die Verlagsgeschäftsführung eingehen. Stattdessen hat die NWZ-Geschäftsführung nach einem der letzten Streiks beteiligte Leiharbeiter_innen kurzfristig samstags an andere Unternehmen ausgeliehen – was rechtlich zwar erlaubt ist, aber ganz klar das Ziel verfolgt, Streikende zu bestrafen und Angst in der Belegschaft zu schüren. Die NWZ schweigt den hausinternen Arbeitskampf tot, durch ihre Monopolstellung in der Region ist so die Öffentlichkeitsarbeit äußerst schwierig.

Seien wir solidarisch mit den NWZ-Mitarbeiter_innen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Haustarif – jetzt!

Iranische Asylbewerber_innen im Hungerstreik

Würzburg Seit Mitte März befinden sich mehrere iranische Asylbewerber_innen mit nur kurzen Unterbrechungen im Hungerstreik.

Vorausgegangen war die Selbsttötung eines 29-jährigen iranischen Geflüchteten, der aus Verzweiflung über sein menschenunwürdiges und unerträgliches Leben in einer Würzburger Gemeinschaftsunterkunft Ende Januar dieses Jahres.

Die aus dem Iran stammenden Menschen versuchen mit einem Zelten vor dem Würzburger Rathaus und der Verweigerung von Nahrungsaufnahme das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dazu zu bewegen, ihnen eine Anerkennung als politisch Verfolgte zu gewähren. Weitere Forderungen von ihnen sind: Recht auf eigenen Wohnraum, Recht auf Arbeit, Ausbildung und Deutschkurse. Die Asylbewerber_innen sind vor mehr als drei Monaten in den Hungerstreik getreten um auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen und gegen die unmenschliche Behandlung von AsylbewerberInnen zu kämpfen. Der Hungerstreik dient dazu, den Prozess der Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen, nicht um Mitleid zu erregen.Die deutsche Regierung muss ihrer Unterzeichnung der Genfer Konvention Rechnung tragen. Die verantwortlichen Behörden und Politiker_innen stellen sich aber taub für ihre

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Forderungen. Bisher haben nur sieben der Streikenden ein Asyl erhalten.

In den letzten Monaten haben sie viel Repression von Seiten der Polizei und der Stadt Würzburg erfahren: Sie wurden zum Schlaf in Schichten gezwungen und ihnen die Auflagen im Zelt verschärft, um sie zu erschöpfen und ihre Rückkehr in die Gemeinschaftsunterkunft zu erzwingen.

Seit Anfang Juni haben sich einige der Hungerstreikenden als Reaktion auf die Passivität der Regierung entschlossen ihre Lippen zuzunähen, um den Verantwortlichen und der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, wie ernst sie es mit ihren Forderungen meinen.

Solidarische Grüße aus Oldenburg. Viel Kraft und haltet durch!

Aktuelle Infos zum Protest der Asylbewerber: http://gustreik.blogsport.eu

Anschlag auf jüdischen Friedhof

Delmenhorst In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 2012 drangen Nazis auf den jüdischen Friedhof ein, warfen mehrere Grabsteine um und beschmierten andere mit Hakenkreuzen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Tausend Euro. Als erste Reaktion auf den antisemitischen Anschlag versammelten sich etwa 180 Delmenhorster_innen zu einer Mahnwache um sich solidarisch mit der jüdischen Gemeinde zu zeigen und sich entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz zu stellen.

Oberbürgermeister verzichtet auf Hilfe von Hausbesetzer_innen

Oldenburg Das Besetzer_innenkollektiv „Leeranstalt“, das Anfang April ein leerstehendes ehemaliges Schulgebäude in Osternburg besetzte und leider schon nach wenigen Stunde wieder geräumt wurde, wollte bei der letzten Stadtratssitzung im Rahmen der „Einwohnerfragestunde“ auf die Wohnungsnot in der Stadt aufmerksam machen und den Oberbürgermeister sowie die Ratsmitglieder nach ihrem Konzept zur Bekämpfung des Wohnraummangels befragen. Aus Zeitgründen konnte die Frage nicht öffentlich vom Oberbürgermeister beantwortet werden, so dass nun eine schriftliche Antwort vorliegt. In diesem Schreiben steht, dass die Stadt ein Konzept mit dem Namen „step2025“ zur Bekämpfung der Wohnungsnot entwickelt habe und dies bereits umsetze. In diesem Stadtentwicklungskonzept geht es – zumindest laut dem, was die Stadt Oldenburg auf ihrer Website dazu veröffentlicht – einzig und allein darum, die Stadt ökonomisch aufzuwerten und berücksichtigt dabei natürlich nicht die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner_innen der Stadt, die sich hohe Mieten oder gar eine Eigentumswohnung nicht leisten können. Stattdessen wird diese Art Stadtentwicklung zu massiven Verdrängungsprozessen führen und mensch wird sich (wieder mal) fragen: Wem gehört die Stadt? Dass sie nicht den Hausbesetzer_innen gehört, macht OB Schwandern in seinem Antwortschreiben in einem Ton, der vor Arroganz und Dreistigkeit nur so sprüht, deutlich: „Sie sprechen mit ihren Fragen die Lage auf dem Wohnungsmarkt an, wobei wir mit dem Wohnraumkonzept 2025 längst darauf reagieren. Wir brauchen dabei aber keine Hilfe von Hausbesetzern. Ich habe daher keinerlei Verständnis für entsprechende Aktionen.“ Da wollen wir doch mal sehen, ob das letzte Wort schon gesprochen ist...

Auf http://leeranstalt.blogsport.de ist die komplette Antwort von OB Schwandner zu finden.

U-Haft zur Strafhaft umfunktioniert

Frankfurt Das Oberlandesgericht Frankfurt hat am 16. Mai 2012 entschieden, dass Sonja nicht aus der Haft entlassen wird. Das Gesetz schreibt vor, dass eine Untersuchungshaft über sechs Monate hinaus nicht andauern darf, es sei denn die Hauptverhandlung hat schon begonnen, oder es liegt ein wichtiger Grund vor, der den Beginn des Prozesses verhindert hat. Sonja ist nun über acht Monate in Haft, das Schwurgericht hat noch nicht einmal entschieden, ob die Anklage zugelassen wird, einen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Termin für einen Prozessbeginn gibt es schon gar nicht.

Sonja war zusammen mit Christian im September 2011 an Deutschland ausgeliefert worden, da ihnen die Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) sowie die Beteiligung an Brandanschlägen vorgeworfen wird. Beide waren Ende der 1970er nach Frankreich geflohen wo sie bis 2000 untergetaucht waren. Seit 2000 liefen mehrere Versuche beide auszuliefern. Christian ist mittlerweile aus der U-Haft entlassen.

Als wichtiger Grund dafür, dass Sonja jetzt nicht aus der U-Haft entlassen wird, wird die angeblich Fluchtgefahr angeführt. Sie wird unter anderem damit begründet, dass sie 79 Jahre alt ist und deshalb besonders haftempfindlich, es heißt dann: „Da sie im Fall einer Verurteilung zu einer langjährigen Haftstrafe damit rechnen muss, den Rest bzw. einen Großteil ihres künftigen Lebens in Unfreiheit zu verbringen, besteht ein besonders höher Fluchtanreiz, der in dem hohen Lebensalter kein ausreichendes Korrektiv findet“. Hier zeigt sich deutlich, dass die U-Haft gegen Sonja dazu benutzt wird die Strafe schon vor dem eventuellen Urteil zu vollstrecken.

Bundeswehrfahrzeuge unbrauchbar gemacht

Hannover In der Nacht zum 06.06.2012 gingen auf einem Hannoveraner Bundeswehrgelände 13 Fahrzeuge in Flammen auf. Die überforderten Staatsschützer gehen von einer politischen Tat aus. Kombiniere, kombiniere – vor allem vor dem Hintergrund des Bekenner_innenschreibens der Antimilitaristischen Gruppe. Der niedersächsische Innenminister Schünemann fabulierte in diesem Zusammenhang davon, dass der „linksextreme Terror wieder unter uns“ sei.

Im Bekenner_innenschreiben „Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover!“ stellen die zündelnden Aktivist_innen die Aktion in den Kontext der antimilitaristischen Proteste der letzten Jahre in Hannover. Hannover sehen sie dabei als einen Ausgangspunkt der Kriege, die rund um den Globus zur Verteidigung der ökonomischen Interessen der mächtigen Staaten geführt werden. In diesem Zusammenhang verweisen sie auch darauf, dass der Stab der 1. Panzerdivision, der größten Einheit des Heeres, die als Leitdivision deutsche Auslandseinsätze organisiert, nach Oldenburg verlegt wird. Außerdem zeigen sie auf, dass Widerstand vielfältig möglich ist:

„Die Aussetzung der Wehrpflicht hat die Probleme, militärischen Nachwuchs zu gewinnen, verschärft. Die Bundeswehr verstärkt daher ihre Rekrutierungsversuche an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern. Überall, wo das Militär ins Zentrum der Gesellschaft drängt, ist Widerstand möglich. Krieg beginnt, wo die Bundeswehr Kriege vorberei-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

tet, Unternehmen Waffen produzieren, Universitäten Kriege erforschen, überall wo Kriege beworben und legitimiert werden. Vielfältiger Widerstand bedeutet markieren, blockieren, sabotieren. Krieg wird nur aufgehalten, wo er erdacht, geplant und koordiniert wird, im Herzen der Bestie. Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten."

OB Schwandner will an rassistischer Praxis der Stadt festhalten

Oldenburg In der Debatte um das rassistische Gutscheinsystem hat OB Schwandner jetzt in seiner Antwort auf eine Frage innerhalb der Einwohnerfragestunde im Stadtrat eindeutig Stellung bezogen: Nach ihm und der Verwaltung soll die Diskriminierung von Flüchtlingen ungehindert weiter gehen. Zum Hintergrund: Seit Jahren gibt es Proteste gegen diese Praxis. Zuletzt hatte sich der Stadtrat am 27.02.2012 in einer Resolution für die Abschaffung des Gutscheinsystems ausgesprochen. Die Antwort vom niedersächsischen Innenminister, der auch den Titel des Abschiebeministers verliehen bekommen hat, war vor allem eine Copy & Paste-Produktion seiner rassistischen Argumentationen der letzten Jahre: Das Gutscheinsystem müsse zwingend beibehalten werden, um die abschreckende Wirkung und den gesellschaftlichen Ausschluss mit dem Ziel der Vereinfachung der „Rückführung" zu erreichen.

Dem sich sonst – mehr oder weniger redegewand und erfolgreich – als offen, tolerant und sozial engagiert inszenierenden Schwandner fiel hier nichts anderes ein, als auf die Weisungshoheit des Landes zu verweisen – als ob nicht vorher klar gewesen wäre, was der Abschiebeminister dazu sagen würde! Auch alle Ansätze, mit denen eine direkte Konfrontation der Stadt mit dem Land vermieden werden könnte, wurden kategorisch abgelehnt. So etwa der Umtausch der Gutscheine über die städtischen Bädergesellschaften oder Wohlfahrtsverbände, wie es auf Drängen von antirassistischen Initiativen vom Sozialausschuss der Stadt vorgeschlagen wurde. Seine opportunistische Verlogenheit versucht Schwandner nun damit zu kaschieren, dass er auf die soziale Umsetzung der rassistischen Praxis durch die Stadt verweist. So sei es ja jetzt sogar möglich, in den Servicebüros der VWG auch Busfahrkarten mit Gutscheinen zu kaufen, obwohl ja Fahrtkosten eigentlich in dem auszuhändigen Baranteil der Sozialleistungen an Flüchtlinge enthalten seien. Schwandner versucht hier Zynismus als Rebellion zu verkaufen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Take back the night-Demo 2012

Am 30. April 2012 demonstrierten 150-200 FrauenLesbenInterTrans* (unangemeldet) durch die nächtliche Oldenburger Innenstadt. Die seit Jahren abwechselnd in Hannover, Bremen und Oldenburg stattfindende Demo wurde in diesem Jahr erstmals von den Bullen ernstgenommen und von einem größeren Aufgebot begleitet, das auch sofort einige Nervereien mit sich brachte. So wurde die Demo ein paar Meter nach dem Alhambra auf der Amalienbrücke gestoppt. Nach Rangelein und dem Durchsagen der Demoroute ging's weiter in die Innenstadt. Die Teilnehmer_innen ließen sich weder von den Bullen, die die Route in der Innenstadt zurechtstutzten, noch von den vielen feierwütigen Unsymphaten beeindrucken. Lautstark und kraftvoll zog die Demo zum Rathausmarkt, wo sich das Mikrophon gegen den Willen der spielenden Band (aber in Absprache mit den Veranstalter_innen) erkämpft wurde, um einen Redebeitrag von der Bühne aus zu halten.
Begleitet von Feuerwerk und Bengalischen Fackeln ging's dann zurück zum Alhambra.

Ein Redebeitrag des
zur aktuellen Situation

Im Hamburger Stadtteil St. Georg erfahren Sexarbeiter_innen, trotz der Legalität ihrer Tätigkeit, eine Kriminalisierung durch eine von Politik und Anwohner_innen initiierte Kampagne der Vertreibung und Ausgrenzung.

Dabei wird sich verschiedenster Repressionsinstrumenten bedient, um den „Straßenstrich" in Hamburg - St. Georg aufzulösen.

Sexarbeiter_innen und Drogenkonsument_innen passen nicht in den neuen Schick des Viertels. In ihrem Alltag sind sie nicht nur einer sozialen Ausgrenzung und Hetze ausgesetzt, sondern werden von Bullen mit Platzverweisen und Bußgeldern belegt. Rechtliche Grundlagen hierfür werden durch das ineinandergreifen von Sperrgebietsverordnung und Gefahrengebietsregelung geschaffen, sowie seit Beginn diesen Jahres zusätzlich mit der Kontaktverbotsverordnung. Dieses Zusammenspiel macht den Menschen, die in St. Georg der Sexarbeit nachgehen, das Leben und die Arbeit im Viertel beinahe unmöglich.

Frauen* werden mit Bußgeldern belegt, wenn sie nur dem Anschein nach der Prostitution nachgehen. Dafür reicht bereits ein Winken, sich an die Wand anlehnen, sich suchend umsehen oder auch die Bekleidung aus.

St. Georg unterliegt einem polizeilichen Ausnahmezustand, der sich in der Verteilung von Bußgeldbescheiden, sowie Erteilung von Platzverweisen und anderen Schikanen durch die Beamt_innen ausdrückt und den Weg für „Aufwertungs-" prozesse im Stadtteil ebnet. Aktuell findet eine extreme Verschärfung der polizeilichen Strategien und Maßnahmen insbesondere gegen migrierte Frauen* und Trans*personen statt.

Die Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen, hat ebenso wie die Unterscheidung von „ehrbaren und ehrlosen Frauen" (also in Heilige und Hure) eine lange Geschichte, welche auch im aktuellen Diskurs in St. Georg zu finden ist. Darüber hinaus zeigt dies die Doppelmoral einer Gesellschaft, in der einerseits sexuelle Deinstleistungen genutzt werden, andererseits aber abgelehnt und stigmatisiert werden und verdeutlicht heteronormative Rollenzuschreibungen. In St. Pauli gehört Sexarbeit beispielsweise zum neoliberalen Stadtentwicklungskonzept, das heißt, es wird mit Sexarbeit für die Attraktion des Stadtteils geworben.

Viele Anwohner_innen in St. Georg organisieren sich in Stadtteil-Initiativen, um die Hetzkampagne gegen Sexarbeiter_innen voran zu treiben.

Vor allem die Hansaplatzinitiative tut sich dabei hervor, welche einen biopolitischen Rassismus vertritt, welcher in ihrem Verständnis sozial besser gestellten Menschen mehr Rechte einräumt.

In der Argumentation für die Vertreibung von Sexarbeiter_innen aus „ihrem" Viertel instrumentalisieren sie ihre Kinder, oder deklarieren Sexarbeiter_innen zu Opfern von Menschenhandel.

Recht auf Strasse – Bündnis
n in Hamburg-St. Georg:

In der bürgerlichen Öffentlichkeit wird suggeriert, dass Sexarbeiter_innen ihren Körper verkaufen, was der Logik eines patriarchalen Herrschaftsverhältnisses entspricht, in dem Frauen* zu Objekten gemacht werden. Sexarbeit stellt jedoch eine Form von Dienstleistung dar, die sexuelle Dienstleistung als Ware verkauft, nicht den Körper.

Die Körper gehören den Sexarbeiter_innen!

Die Ausübung von Sexarbeit findet aus unterschiedlichen Motiven oder eben auch Zwangslagen - jenseits von Menschenhandel - statt. Wer die Frage nach Freiwilligkeit von Sexarbeit aufwirft, muss sich auch der Wahlfreiheit von Lohnarbeit im kapitalistischen System widmen. Jenseits der vermeintlich „freien Berufswahl“ steht Lohnarbeit an sich überhaupt nicht zur Diskussion. Lebensentwürfe außerhalb des Lohnarbeitssystems scheinen undenkbar.

Entscheiden sich Menschen für Sexarbeit als Erwerbstätigkeit - analog zum Zwang zur Lohnarbeit -, wird trotzdem ihre subjektive Handlungsfähigkeit als Lohnarbeiter_innen in Frage gestellt und ihnen als Sexarbeiter_innen die Rolle des Opfers zugeschrieben. Dies entzieht den Betroffenen die Macht über die eigene Definition und reproduziert das zugeschriebene passive Rollenbild. Die Sexarbeiter_innen sind NICHT per se Opfer, sondern in ihrer spezifischen Arbeitssituation lediglich vulnerabel.

So wie Sexarbeit im Kontext des Kapitalismus zu betrachten ist, muss Sexarbeit auch in den Kontext herrschender Geschlechterverhältnisse gesetzt werden. Dem Konzept der Sexarbeit liegt die Wirkmächtigkeit von Geschlechterverhältnissen zugrunde, in welchen sich, in Reproduktion bestimmter Macht- und Herrschaftsstrukturen, eine Nachfrage entwickelt.

Eine Kritik ist nicht an Sexarbeit selbst anzusetzen, sondern an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen.

Und deshalb fordern wir:

- Solidarität mit Sexarbeiter_innen in St. Georg und überall!
- Sperrgebiete abschaffen!
- Gefahrengebiete aufheben!
- Kontaktverbotsverordnung schreddern!
- Gesicherter Aufenthaltsstatus für Alle!
- Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von Sexarbeiter_innen!
- Geschlechterverhältnisse dekonstruieren!

TAKE BACK THE STREETS – TAKE BACK THE NIGHT!!

Abschlussredebeitrag

Wir sind heute auf der Straße, um gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt und patriarchale Strukturen zu protestieren. Wir stoppen hier in der Innenstadt, weil sich auch hier gesellschaftliche Gewaltstrukturen zeigen. Hier wird geschlechtertypisches Rollenverhalten erwartet und ausgeübt. Wie hat eine Frau sich zu verhalten, wie hat ein echter Mann zu sein. Abweichendes Verhalten wird sanktioniert. Eine maskuline Frau ist nicht sexy, ein femininer Mann wird ausgegrenzt. Häufig nehmen auch hier Geschichten ihren Lauf, in denen Frauen, Lesben, Inter- und Trans*personen Beleidigungen, Übergriffe und sexualisierte Gewalt erfahren.

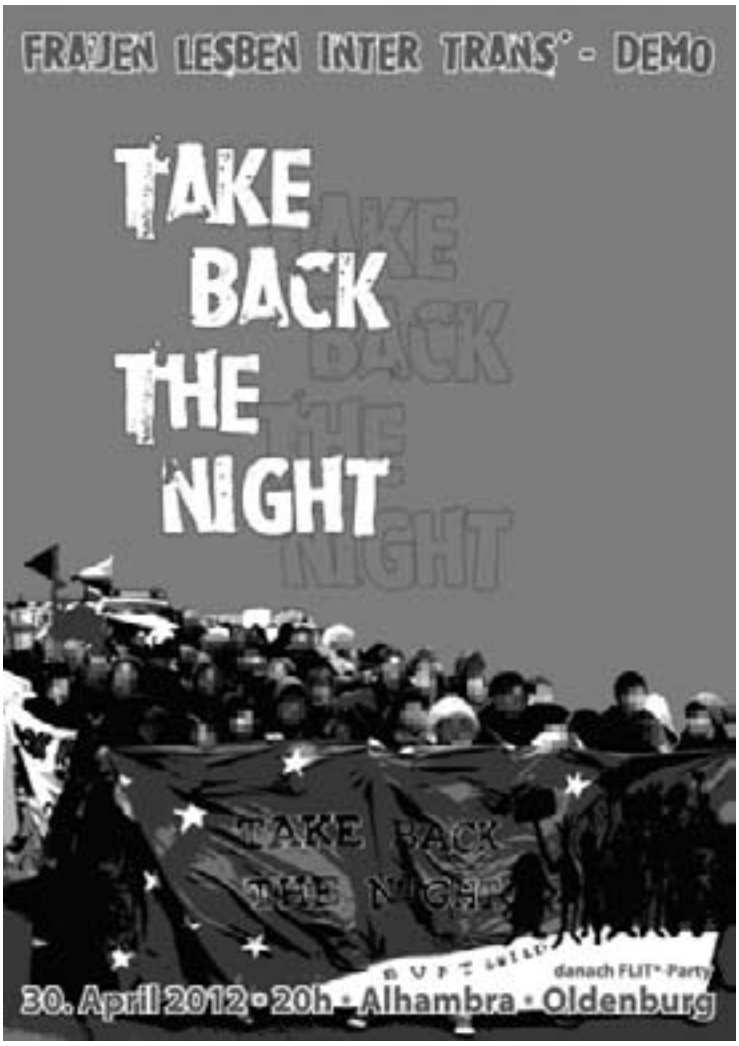
Wir sind nicht die ersten und wir werden nicht die letzten sein, die ihrem Ärger und ihrer Wut auf diese Art und Weise Ausdruck verleihen. Seit ber 30 Jahren finden „Take back the Night"-Demos und Aktionen statt und es hat sich noch immer nicht genug geändert!! Darum sind wir heute hier und wenden uns laut und entschlossen gegen jede Form sexistischer Gewalt!

Die meisten sexualisierten Gewalttaten finden im näheren Bekannten- und Verwandtenkreis statt. Diese sogenannte ‚häusliche Gewalt' ist für viele Frauen kein Ausnahmezustand sondern Alltag und sie wird weitläufig ignoriert, toleriert oder sogar als berholt angesehen. 2008 stellte die Organisation ‚Terre des Femmes' fest, dass „in Europa Häusliche Gewalt die größte Gefahr für Gesundheit und Leben von Frauen ist – noch vor Krebs und Autounfälen zusammen. Und auch in Deutschland ist jede vierte Frau von Häuslicher Gewalt betroffen." (http://www.terre-des-femmes.de)

40% aller Frauen ab dem 16. Lebensjahr haben sexuelle Gewalt erfahren. Und in diesen Zahlen taucht die als normal empfundene, alltägliche Gewalt noch nicht mal auf. Denn Sexualisierte Gewalt kann verbal, körperlich oder beides sein: aufdringliche Blicke und Gesten, bewertende Kommentare, unerwünschte körperliche Nähe, Berührungen und Anmachen, sexuelle Belästigungen, attackierende Übergriffe, Vergewaltigungen.

Frauen, die sexistisches Verhalten und sexualisierte Gewalt anklagen, werden meist nicht ernst genommen und die Gewalterfahrungen werden heruntergespielt. Der Machtmissbrauch der Täter wird häufig verharmlost oder mit einer angeblichen Natürlichkeit männlicher Sexualtriebe erklärt. Das spielt die Schwere von Vergewaltigungen und anderen sexistischen Übergriffen herunter.

Häufig wird den Frauen die Verantwortung für Übergriffe zugewiesen. Es ist totaler Quatsch den Fehler im Verhalten oder in Äußerlichkeiten der Betroffenen zu suchen. Die Verantwortung, sexualisierte Übergriffe zu verhindern liegt nicht bei uns. Die Verantwortung



hat allein der Täter: Ein Minirock ist nie der Grund für eine Vergewaltigung!

Sexualisierte Gewalt ist Ausdruck einer Gesellschaft, in der dafür gesorgt wird, dass Frauen den Männern unterlegen bleiben sollen.

Die Partymeile in der Innenstadt ist ebenfalls ein gutes Beispiel für den abwertenden und diskriminierenden Umgang mit Menschen, die allein dadurch diskrimniert werden und Gewalt erfahren, dass sie sind, wer sie sind. Zum Beispiel Lesbische Frauen, Menschen, die ihr Geschlecht nicht als natüliche Tatsache verstehen und die Zweigeschlechtlichkeit hinterfragen, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle.

Sie zeigen Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten auf, die eben nicht in den zweigeschlechtlichen Rahmen der Gesellschaft passen. Statt sich zu unterwerfen, beanspruchen sie eine selbstbestimmte Entfaltung. Vielleicht gerade deshalb, werden Menschen mit einem so genannten anderen Geschlecht oder unerwünschter sexueller Orientierung diskriminiert. Es entsteht nicht nur ein Ausschluss aus dem öffentlichen Raum, sondern vielfach kommt es auch gewaltsamen Übergriffen, sexualisierter Gewalt und zur Abwertung als pervers und krank. Und das, weil Menschen sich nicht in Muster pressen lassen wollen, die von der Gesellschaft gemacht wurden?

Wir fordern, dass der ffentliche Raum ein sicherer Ort für alle wird, unabhängig von Geschlechtsidenität und sexueller Orientierung! Wir fordern das Recht sich frei bewegen zu können ohne Übergriffe, Anmachen und Abwertungen! Wir fordern „Auf's Maul!" für immer noch gesellschaftlich akzeptierte Übergriffe! Wir haben keinen Bock, dass Heterosexualität als Normalzustand gilt! Wir sind hier um auf Menschen aufmerksam zu machen, an die Niemand denkt, wenn von „normal" die Rede ist und davon, dass hier „alle" ihren Spaß haben dürfen! Wir setzen uns zu Wehr gegen jede Art von Partykultur, in der die Frauen gut aussehen und die Männer stark und berlegen erscheinen müssen. In der sexuelle Übergriffe als Lob verstanden werden sollen und die Grenzen der/des Einzelnen zweitrangig sind! Es muss möglich sein Nein zu sagen, ohne Rechtfertigung; ohne Lächeln, Kopf neigen und Unterwürfigkeit! Wir wollen selbst ber uns und unseren Körper bestimmen! Wir lassen uns nicht auf Schablonen von Weiblichkeit oder Männlichkeit reduzieren! Wir lassen uns von Niemandem sagen, wer wir sind, wie wir sind und wo wir zu sein haben!

Wir nehmen uns hier und jetzt, was uns sowieso schon gehört! We Take back the night!

SONNE PFEFFERSPRAY UND DIE SEHNSUCHT NACH EINEM BESSEREN LEBEN

Nachdem ja bekanntlich im letzten Jahr zu Gunsten der antifaschistischen Mobilisierung gegen einen NPD-Aufmarsch in Bremen die autonome 1. Mai-Demo in Oldenburg ausfiel, wurde 2012 wieder an die schöne Tradition angeknüpft. Unter dem Motto »Solidarisieren, organisieren, aneignen – weltweit! So radikal wie die Wirklichkeit!« versammelten sich um 13 Uhr über 500 Leute im Alter zwischen 4 Monaten und 70 Jahren bei bestem Demo-Wetter in der Kaiserstraße am Bahnhof. Die mit wohl 200 BeamtInnen und diversen Hunden angetretene Polizei verhinderte anfänglich den Start der wie immer unangemeldeten Demo und erzwang an diesere Stelle letztlich eine kleine Routenänderung. Schon hier zeigte sich, dass die Oldenburger Polizei eine Eskalation beabsichtigte – nicht nur durch das martialische Aufgebot und die Nerverei am Anfang, sondern vor allem durch die rückwärts vor der Demo laufende, sichtlich nervöse und überforderte Polizeikette, welche das Tempo der Demo immer wieder drosselte (ein Novum in Oldenburg). Aber dazu später.

Der Aufzug setzte sich also gegen 13.30 Uhr gutgelaunt in Bewegung und erreichte wenig später die Lappan-Kreuzung, wo es einen Redebeitrag zur Finanzkrise und zwei Live-Tracks eines Oldenburger Rappers gab. Als die Demo wieder losging und nach einem kleinen Sprint auf die nervige, vorweglaufende Polizeikette traf, wurde es zum ersten Mal ein wenig hitzig. Nach etwas rabiatem Geschubse und Gehaue ging es aber schließlich relaxt weiter.

Am Pferdemarkt gab es dann einen in deutsch und französisch gehaltenen Redebeitrag zum rassistischen Gutscheinsystem, sowie einen Beitrag zur aktuellen Situation des Oldenburger Wagenplatzes. Wie vor Beginn der Demo angekündigt ging es nun zur Peterstraße, was die polizeiliche Einsatzleitung aber wohl nicht wahrhaben wollte. Und so kam es zu einer erneuten Auseinandersetzung an der Demo-Spitze, in deren Verlauf mindestens drei TeilnehmerInnen durch einen Pfefferspray-Einsatz der besagten, total überforderten und wohl ziemlich unerfahrenen Vorwegreihe der Polizei verletzt wurden. Dass heute in der NWZ zu lesen war, dass Leute aus der Demo »am Pferdemarkt Reizgas gegen Polizisten sprühten« in selbst für Polizei-Verhältnisse an Peinlichkeit kaum zu überbieten.

Naja, die Demo ging dann also doch durch die Peterstraße. Vor dem PFL gab es einen Redebeitrag zur antifaschistischen Politik in der Stadt nach dem Einzug eines NPD-Mandatsträgers in den Stadtrat, gefolgt von einer Kurzvorstellung des neugegründeten Bündnis gegen Rechts. Anschließend gab ein Duo noch vier nette Songs mit Gitarrenbegleitung zum Besten, bevor es dann weiter zum Julius-Mosen-Platz ging. Auf der dortigen Kreuzung, wo die Polizei so ziemlich alles was sie zu bieten hatte präsentierte, zeigten drei junge Frauen eine Akrobatik-Performenz für den Erhalt des tropischen Regenwaldes. Der dortige Kontrast – martialische, vermummte Schlägerpolizei mit bellenden Kampfhunden vs. nette Theaterdarbietung und eisessende autonome Demo – war wohl der eindeutigste Ausdruck der diesjährigen Demo-Verhältnisse.

Es ging weiter über dem Theaterwall, wo es logischerweise vor dem seit fast einem Jahr besetzten »Haus Friedensbruch« die nächste Zwischenkundgebung gab. Von ihrem Balkon aus präsentierten die BesetzerInnen in bester Punk-Rock-Qualität die Szenehits »Polizeiboot Norbert«, »Bullenwagen klauen« und einen alten Slime-Klassiker. Ebenfalls dort meldete sich mal wieder das »Kollektiv Leeranstalt« zu Wort, welches u.a. für mehr Hausbesetzungen (vor allem in der Ekkardstraße) plädierte.

Mit bester Laune ging es nun weiter zum Pulverturm, wo es einen ausführlichen Redebeitrag zum NSU-Terror und den rassistischen Verhältnissen in Deutschland gab. Eigentlich wäre es nun zum traditionellen Abschlusskundgebungsort auf dem Rathausmarkt gegangen, doch die Polizei hatte was dagegen und blockierte mit ihrem Fuhrpark den Zugang. So fand die Abschluss-Kundgebung dann auf der Straße am Schlossplatz statt, auf welcher neben den Unerträglichkeiten des Lebens im Kapitalismus auch auf das Bundeswehrkonzert am 6. Mai auf dem Rathausmarkt hingewiesen wurde. Dann gings weiter zum Alhambra.

Nachdem die Polizei bereits am Fusse der Amalienbrücke das Weite suchte, war der Weg ins rote Osternburg noch um Einiges schöner. Beim Alhambra angekommen startete das Straßenfest mit riesiger Hüpfburg, Kinderbespaßung, leckerem Büffet und ein bißchen Kultür.

Mal wieder ein wirklich gelungener autonomer 1. Mai bei bestem Wetter, auch wenn die Demo mit einer Dauer von über 4 Stunden wohl etwas zu lang geraten war. Die TeilnehmerInnenzahl war ganz okay, das Verhalten der Polizei hingegen unterirdisch. Wie dem auch sei: Heraus zum autonomen 1. Mai 2013! Her mit dem schönen Leben!

[regentied]

DER BESTE PLATZ FÜR WÄGEN IST IMMER NOCH DER STAU

Hallo,

wir sind der Oldenburger Wagenplatz. Ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt, seit gefühlten 20 000 Jahren im Stau. Neben ebenso günstigen wie luxuriösen Wohnraum für Menschen, Katzen, Vögel und Hunde, gibt es bei uns jede Menge un- und antikommerzielle Kultur wie Konzerte, Partys, Bevölkerungsküchen, Open-air-Kino und vieles mehr. Seit nun über sechs Jahren haben wir ein Problem: Wir sollen dem größenwahnsinnigen Luxus-bauvorhaben „Wasserstadt“ weichen. Seitdem ist unser Leben um einiges unentspannter geworden: Ständige Unsicherheit bald wegziehen zu müssen ohne zu wissen wohin, nervige Verhandlungen mit unglaubwürdigen Stadtverwalter_innen, die selten zu etwas führen, unendlich viele Besichtigungen von teilweise völlig absurden Geländen, zwecks Meinungsbildung und anstrengenden internen Diskussionen ob und wenn ja wohin und zu welchen Bedingungen wir umziehen würden.

Letzten Sommer schien sich dann die Lage zu entspannen: das Projekt Wasserstadt ging baden und wir begannen durchzuatmen und auf weitere 20 000 gemütliche Jahre am Stau zu hoffen. Aber Pustekuchen: nun erfahren wir das sich die Pläne der Stadt keinesfalls in Luft aufgelöst haben. Weiterhin ist auf unserem Platz und in unserer Nachbarschaft der Bau von Luxusvillen und Penthäusern geplant. Angesichts der aktuellen Kritik an steigenden Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum, wird inzwischen der Titel „Wasserstadt“ gemieden, der Plan aber bleibt der gleiche, nur ohne Yachthafen im Vorgarten. Also der gleiche Scheiß unter anderem Namen.

Für uns spitzt sich die Situation zu: wenn‘s nach der Stadt geht sollen wir näxtes Frühjahr hier weg. Eine zusätzliche Zumutung ist, dass solche Entwicklungen nicht direkt an uns herangetragen werden, sondern, wir sie auf Nachfrage, gerüchteweise oder aus der Zeitung erfahren. Traurigerweise sind wir mit dieser Situation nicht alleine. Auch in anderen Städten ist es leider üblich, dass coole selbstverwaltete Projekte kommerziellen Interessen weichen müssen. Lange Jahre selbstorganisierte unkommerzielle Kultur, wird auf einen Schlag plattgemacht und durch seelenlose Megabauten und Konsumtempel ersetzt. Kultur und Orte für alle sind nicht gefragt, nur was sich verkaufen lässt zählt.

- in Freiburg wurde der Wagenplatz Kommando Rhino letzten Sommer geräumt

- Zomia, ein Wagenplatz aus Hamburg, musste letzten Sommer zwangsumziehen, eine dauerhafte Lösung im Sinne der Bewohner_innen ist dort derzeit nicht in Sicht

- der Wagenplatz Borribles aus Hamburg und die umliegenden Schrebergärten sollen auch den Bauvorhaben der Stadt weichen

- auch Der Wagenplatz Treibstoff aus Wien zieht seit Jahren von einem Platz zum Anderen. Mehrfach wurden sie geräumt oder ihnen Räumung angedroht. Die Stadt Wien scheint alles daran zu setzen diesen Wagenplatz aus Wien zu vertreiben

- Rummelplatz, eine Wagenburg aus Berlin wurde letztes Jahr geräumt, der Mietvertrag für den folgenden Platz wurde bereits nach einem halben Jahr nicht mehr verlängert.

Dies sind nur einige Beispiele dafür das unsere Art zu leben von der Politik immernoch nicht anerkannt ist und Wagenplätze sowie andere selbstverwaltete Projekte überall um ihre Existenz bangen und kämpfen müssen.

Angesichts dieser Aufzählung sollte mensch meinen, wir könnten uns in Oldenburg glücklich schätzen, denn immerhin gibt es seit ein paar Jahren eine Resolution, nach der Wagenleben

in Oldenburg eine anerkannte Wohnform ist, die an einem zentralen Ort dauerhaft gesichert sein soll. Abgesehen davon, dass diese Resolution vermutlich der einzige Grund ist, warum die Verwaltung überhaupt mit uns über Ausweichgelände spricht, zeigt sich am Punkerplatz wie ernst es um den Willen der Stadt bestellt ist. Der Punkerplatz, etwas kleiner als der unsrige, aber eben auch ein Ort an dem Menschen in Wägen leben, hat zum Ende dieses Jahres die Kündigung für sein Gelände, ohne einen einzigen Alternativvorschlag.

Aber auch unter der, von der Stadt hochgelobten „Reihe von Ersatzgeländen" für uns, findet sich wenig schmackhaftes: Sumpfgelände, bewachsen mit Lampenputzern und belebt von Fröschen, der schräge Hang einer Autobahn plus 2Meter breite, ein 3Meter hoher und 4Meter breiter weicher Waldhügel, dicht bewachsen, ein paar Ackerflächen am Stadtrand, ... schwierig sich zwischen diesen Sahnestücken zu entscheiden. Bekundeten wir für ein Gelände ernsthaftes Interesse, gab es plötzlich schon neue Pläne, bei einigen Geländen waren weitere Pläne ungeklärt, bei anderen wunderten sich derzeitige Besitzer über Besichtigungstouren.

Derzeit versucht die Stadt uns ein Gelände in Uninähe aufzudrängen, idyllisch gelegen zwischen Ordnungsamt, Schrebergärten und Feuerwehr. Mit dem Plan uns rundherum mit einem Bretterzaun einzusperren, neues Allheilmittel der Stadt auch hier: Schallschutzmauer durch Containerwand. Über das Kriterium zentral, lässt sich ohne studierende streiten. Immerhin ein Gelände, auf dem es zumindest rein technisch gesehen möglich wäre zu stehen – Fortschritt seitens der Stadt. Aber eine Verbesserung oder zumindest genau so gut für uns?

Nicht nur die Stadt Oldenburg wächst, auch der Wagenplatz. Wir sind voll belegt und immer mehr Leute wollen bei uns einziehen. Oldenburg braucht einen 3ten und 4ten Wagenplatz anstatt hässlicher Villen die sich niemand leisten kann und will. Der Oldenburger Wagenplatz bietet Kultur für alle, da wo sie gebraucht wird: Im Herzen Oldenburgs. Wir sind hier mit unserem Viertel gewachsen, verstehen uns super mit unseren Nachbarn. Die von der Stadt angebotenen Ersatzplätze waren größtenteils unannehmbar und lächerlich, außerdem lassen wir uns nicht irgendwo hinschieben sondern gehen ober bleiben wohin und wo wir wollen!!!!!

Für einen 3ten und 4ten Wagenplatz!

Gegen die kommerzielle Planung ganzer Stadtviertel vom Reißbrett!

Gegen die Vertreibung von Geringverdiener_innen durch Mietenwahnsinn aus ganzen Stadtvierteln!

Für den Erhalt und die Neugründung zentraler unkommerzieller Wohn- und Kulturräume!

es bleibt dabei:

DER BESTE PLATZ FÜR WÄGEN IST IMMER NOCH DER STAU !!!!!

Wagenplätze bleiben! Immer und überall!

Der Anlass ist traurig: Redebeitrag zum NSU

Der Anlass ist traurig aber wichtig und deshalb soll er gerade Inhalt einer Demonstration zum 1. Mai sein. Es geht um die Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, deren Gedenken diese Rede dienen soll.

Neun Menschen wurden bestialisch ermordet – wegen ihrer Herkunft, ihres Namens, ihres Aussehens – weil sie für die Rassist_innen der NSU nicht hierher gehörten. Sie wurden von einer Nazi-Gruppe umgebracht, die 13 Jahre lang unbemerkt durch die Republik ziehen und ihre rassistischen Morde begehen konnte. Während all dieser Zeit waren sich Polizei und Verfassungsschutz sicher, dass es sich nicht um rassistische Taten handeln könnte. Stattdessen wurden die Familien und Freund_innen der Opfer bis zur Unerträglichkeit mit angeblichen Verstrickungen der Verstorbenen in mafiöse Geschäfte und Drogenhandel gedemütigt. Angehörige wurden selber verdächtigt und zum Teil schwer traumatisiert.

Zu solchen Morden seien die deutschen Neonazis nicht in der Lage, wurde gar gesagt. Als wüssten wir alle nicht seit etwa 70 Jahren sehr genau, zu was Nazis in der Lage sind. Wo jetzt Stück für Stück die Täter_innen und ihre Verstrickungen an die Öffentlichkeit kommen, ist der Schreck groß. Man ist „geschockt, betroffen“, es ist „eine Schande für Deutschland“ und so weiter. Es ist kaum 20 Jahre her, als in Deutschland die ersten Wohnhäuser von Migrant_innen und Unterkünfte von Asylbewerber_innen brannten. Auf „Wir sind das Volk“ folgte „Wir sind ein Volk“ und darauf „Deutschland den Deutschen“.

Und obwohl das Brandschatzen seitdem weniger geworden ist, sind die Nazis in diesem Land nicht weniger geworden. Sie haben neue Organisationsformen entdeckt, arbeiten lokaler und betreiben aktive Parteiarbeit. In manchen Regionen dominieren sie die politische Kultur, die Jugendzentren, die Straßen. Und anstatt Gegenwind zu bekommen, wurden ihre Taten verharmlost und politisch instrumentalisiert. Die Pogrome der 90er Jahre waren die mörderische Begleitung zu einer rassistischen Kam-

pagne gegen Asylbewerber_innen, die von fast allen Parteien getragen wurde und bis heute nachwirkt. Das Grundrecht auf Asyl wurde quasi abgeschafft. Wer heute Zuflucht in Europa sucht, begibt sich in Lebensgefahr.

Seit Jahren warnen Menschen vor der Verankerung der ganz Rechten und vor dem braunen Bodensatz, der sie trägt. Doch diese Warnungen werden nur selten ernst genommen. Es sind oft nur wenige, die sich den Nazis in den Weg stellen. Lieber wird verharmlost, im Sinne von: „Auch Nazis müssten doch ihr demokratisches Recht bekommen“ und all zu gern werden die Antifaschist_innen selber an den Pranger gestellt. Verstärkt seit Kristina Schröders Amtsantritt wird alle Aktivität links der SPD unter Extremismusverdacht gestellt.Linksextreme sollen all diejenigen sein, die sich Nazis in den Weg stellen und setzen, die dafür von der Polizei die Fresse poliert kriegen, weil sie sich nicht an die angeblich demokratischen Spielregeln halten. Linksextreme sollen auch viele sein, die heute hier stehen und die Opfer der Nazis und die mörderische Geschichte dieses Landes nicht vergessen wollen, weil sie nicht vergessen werden darf.

Viele dürften sich noch an die Polizeiarmee erinnern, die im April 2011 den NPD-Marsch durch die Bremer Neustadt geprügelt hat. Rechtfertigung waren auch hier angeblich geplante Ausschreitungen gewalttätiger Autonomer.

Die Geschichte von der Mitte und den extremen Rändern ist eine Lüge. Es gibt sie nicht, diese gute demokratische Mitte und die Extremist_innen am Rand. Es gibt keine Rechtsextremist_innen, es gibt Nazis. Egal ob alte oder junge, sie haben die gleiche wahnhafte Idee von einem durch und durch autoritären Staat und einer rein weißen Gesellschaft. Wenn mit angeblicher Gewaltbereitschaft links und rechts gleichgesetzt werden sollen, ist das purer Hohn.

Nazis sind gewaltbereit, ohne Frage – ihre ganze Vorstellung von Welt ist Gewalt, Rassenkrieg, Märtyrertum für Volk und Vaterland. Wer darüber hinaus Horte von menschenfeindlicher Gewalt in diesem Land sucht, wird sicher nicht bei Linken fündig werden. Stattdessen müssten Schützenfeste und Fußballspiele verboten und Ehemänner unter verstärkte Beobachtung gestellt werden.

Wer von Extremismus redet, will sich selbst zur Norm erheben. Dabei sollten wir uns gerade diese Mitte genauer anschauen.

In der Mitte der Gesellschaft sind menschenfeindliche Einstellungen tief verankert, heißt es seit Jahren in verschiedenen Studien von Wilhelm Heitmeyer, der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen. Als zum Beispiel Günter Jauch im Fernsehen den Nazi-Aussteiger Manuel Bauer nach Sympathisanten in Polizei und VS fragte, antwortete dieser: „Wir haben von Polizeiangehörigen, die wir auch kannten, die Informationen bekommen, wann und wo ihre Kollegen Streife fahren. [...] Man kannte sich halt. Da war eine bestimmte Sympathie da. Das sind auch bloß Menschen, und das, was wir vertreten haben, haben die ja auch so empfunden.“ Ja, so wird sich hier demokratisch betätigt, aber innen drin sind viele halt auch nur Menschen, was hier offenbar Rassisten heißen soll. Da wundert‘s ja dann auch nicht, wenn Herr Sarrazin so viel Zuspruch bekommt. Da darf man endlich mal wieder richtig Mensch sein.

Und wundert das wirklich? Werfen wir doch mal einen Blick auf die Sicherheitsorgane, die ja angeblich so kläglich versagt haben, schauen wir vor allem in ihre Geschichte.

Polizei, BND und Verfassungsschutz wurden mit Mann und Maus aus dem Nazistaat übernommen. Fast alle NS-Polizisten blieben im Amt. Den BND und den Verfassungsschutz gründeten und besetzten Beamte des Reichshauptsicherheitsamtes, der Gestapo und der Organisation Fremde Heere Ost. Das ist zwar lange her, aber so lange auch nicht. Die letzten Gründer waren noch in den 1980ern in ihren Ämtern. Was heute da sitzt, wurde von ihnen geschult. Der Geist der Gründer weht durch alle Flure. Willkommen in Deutschland.

Und jetzt sind es zum Teil die gleichen Gesichter, aus denen es noch vor wenigen Monaten schallte: „Multikulti ist tot." Und: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.", die plötzlich etwas tun wollen gegen Rechts oder am liebsten gleich gegen jeden Extremismus. Die Maßnahmen sind wohl bekannt: Einschränkung des Versammlungsrechts, mehr Rechte für Polizei und Verfassungsschutz, mehr Überwachung.

Als Anders Breivik in Norwegen mehr als 90 Menschen ermordete, sagte der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg: „Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit." Applaus dafür. Hier fehlen die Stimmen, die sagen: Am besten bekämpft man Nazis mit einem klaren Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft.

Um Rassismus einzudämmen, sorgen wir endlich für gleiche Rechte für Alle und verbessern die unwürdigen Bedingungen, in denen Flüchtlinge leben müssen. Sorgen dafür, dass die vielen Eingewanderten und ihre Nachkommen gleichberechtigte Teilhabe bekommen. Weil wir aus den schrecklichen Ereignissen der letzten 20 Jahre gelernt haben, führen wir das uneingeschränkte Recht auf Asyl wieder ein. Um Nazis zu bekämpfen, unterstützen wir antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gruppen, die diesen Kampf schon lange und an der Basis führen. Doch natürlich geht es in eine völlig andere Richtung.

Überall in Europa sind die Rechten Parteien auf dem Vormarsch, stellen Regierungen wie in Ungarn oder stehen vor einer Regierungsbeteiligung, und auch in Deutschland ist der braune Mob, sind die Nazis durch die Ereignisse rund um den NSU nicht wirklich geschwächt.

Und die Bundesregierung? Sie poliert weiter an ihrem internationalen Ansehen, durch große Worte und mildtätigen Gesten gegenüber den Opfern, wie z.B. eine pauschale Entschuldigung. Aber wirklich etwas tun, tut sie nicht. Ganz im Gegenteil, es werden z.B. jeden Tag weiter Menschen abgeschoben.

Um der Nazi-Gewalt gemeinsam etwas entgegen zu setzen, sind wir heute auch hier. Denn wir stehen für einen Antifaschismus von Unten, der sich nicht von staatlichen Programmen abhängig macht, sondern selbst aktiv wird. Einen Antifaschismus, der nicht ein besseres Deutschland will, sondern eine Welt ohne Grenzen und ohne Ausbeutung, in der die Menschen frei und nach ihren Bedürfnissen leben können.

Dabei sollten wir die eigene Kritik aber nicht vergessen. Wir sollten uns schon fragen, warum die Reaktion der antifaschistischen Linken auf die Nazi-Morde so wenig sichtbar und spürbar ausfiel. Auf jeden Fall hätten neun tote Antifas oder alternative Jugendliche eine sehr viel massivere Reaktion hervorgerufen.

Es gab aber kaum oder nur kleine Demonstrationen aus Trauer und Wut und zur Unterstützung der Angehörigen der Opfer. Es gab auch keine Demonstrationen vor den Ämtern für Verfassungsschutz, ohne deren wissentliche oder unwissentliche Mitarbeit die Nazis nicht hätten morden können. Es gab keinen lauten Aufschrei, es gab eigentlich nur Schweigen. Und die Opfer und ihre Angehörigen bleiben schutzlos, so, wie sie es immer waren.

Dabei hätten gerade sie unserer Solidarität, unserer Unterstützung, unserer Hilfe und unserer Wut über das Geschehene gebraucht.

Woran das liegt und gelegen haben kann, darüber lohnt es sich nachzudenken und zu diskutieren.

Heute möchte ich aber darum bitten, der Opfer des NSU, aber auch aller anderen inzwischen über 180 Menschen zu gedenken, die seit 1990 Opfer von menschenverachtenden Nazi-Gewalttätern geworden sind.

Belassen wir es nicht dabei, nur zu reagieren, während die Nazis die Tagesordnung bestimmen. Drehen wir diese Dynamik wieder um und zeigen den Nazis, dass wir keine Angst haben – und tun wir das gemeinsam mit den Menschen, die tagtäglich von rassistischer, antisemitischer und homophober Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind.

AUFRUF GEGEN DAS BUNDESWEHRKONZERT AM 18. JUNI

BUNDESWEHRPROPAGANDA STÖREN SABOTIEREN VERHINDERN

Am 18. Juni 2012 soll auf dem Rathausmarkt ein Konzert der Big Band der Bundeswehr stattfinden. Wie auch schon in den letzten Jahren hüllt sich diese militaristische Propagandaveranstaltung in den Deckmantel eines wohltätigen Zweckes. Egal wie großzügig und nobel sich die Bundeswehr gibt, für uns ist klar: es geht vor allem darum, Nachwuchs für das Führen zukünftiger Kriege zu rekrutieren und das Ansehen der Bundeswehr zu stärken. Keins der letzten Bundeswehrkonzerte ging störungsfrei über die Bühne – machen wir auch dieses Konzert zu einer nervigen Angelegenheit für Musiker_innen und Zuhörer_innen!

Seit Anfang der 90er Jahre wurde die Bundeswehr, lange Zeit von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffs- und Besatzungsarmee umstrukturiert. Diese Veränderung wurde natürlich nicht so genannt, sondern wurde mit Begriffen wie „Intervention", „humanitärer Einsatz", „Stabilisierungseinsatz" und ähnlichen Worthülsen kaschiert. Dahinter verbirgt sich aber nichts weniger als Krieg mit allen dazugehörigen Folgen. Nach der Wiedervereinigung und der erstarkten wirtschaftlichen und politischen Position Deutschlands in Europa und der Welt gedachte die deutsche Politik, unabhängig von Parteizugehörigkeiten, diese Position auch wieder militärisch zu unterstreichen. Da Deutschland aber zwei Weltkriege angezettelt hat und für die industrielle Ermordung von Millionen von Menschen verantwortlich ist, musste eine moralische Legitimation für erneute Kriege durch deutsche Soldat_innen geschaffen werden. Dies wurde durch eine abstoßende Verdrehung der Geschichte unter der rot-grünen Regierung 1999 beim Kosovokrieg erreicht. Sie behaupteten einfach im Kosovo gäbe es ein neues Auschwitz und wer, wenn nicht die Deutschen, müssten, auch militärisch, dies verhindern. Durch diese Relativierung der Geschichte und die Umdeutung der Schuld in eine moralische Verantwortung gelang es, die Bundeswehr international, wie auch im eigenen Land quasi wieder kriegstauglich zu machen. Aus: „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen" wurde: „Demokratie und Menschenrechte in alle Welt bomben". Heute kann so der deutsche Verteidigungsminister de Maizière ganz unverhohlen in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien äußern, dass die „Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit" die Aufgabe der Bundeswehr sei. Diese Gefährdungen werden von ihm dann wie folgt beschrieben: „Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenen und zerfallenden Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik." Damit schafft er die Grundlage, um auf alle größeren wirtschaftlichen oder außenpolitischen Probleme sehr ein-

fach antworten zu können; mit Krieg. Und der fängt nicht irgendwo an, er beginnt auch in Oldenburg. Im Moment noch, weil hier die Luftlandebrigade 31 stationiert ist. Aber schon ab 2014 wird der Stab der 1. Panzerdivision aus Hannover hierherverlegt. Diese Division ist einer der wenigen Großverbände der Bundeswehr und mischt, ausgestattet mit dem neuesten Kram, den die Bundeswehr zu bieten hat, überall mit, wo die Bundeswehr im Ausland Besatzungs- und Kriegseinsätze macht. Auch deshalb gilt es gerade hier in Oldenburg den antimilitaristischen Widerstand zu organisieren!

Diese Entwicklung ist aber nur ein Teil der Kritik, die wir haben, wenn die Bundeswehr öffentlich auftritt und sich abfeiert. Die Struktur der Bundeswehr ist grundsätzlich antiemanzipatorisch und vollkommen daneben. Wie in jeder anderen Armee auch, werden hier Menschen herangezogen, um unhinterfragt andere zu töten. Diese Erziehung funktioniert nur über ein oft rassistisches und koloniales gut und böse Denken. Nie werden hier komplexe Lösungsansätze für komplexe Probleme angestrebt.

Durch die Legitimierung und Glorifizierung von Gewalt, das Beschwören des Abenteuers in gelebten Männerbünden wird ein in jeder Hinsicht vermeintlich Schwächere verachtender Zusammenhang geschaffen, der sich im Alltag dann auch entsprechend auslebt.

Wir sehen es nicht ein, dass die Stadt Oldenburg weiterhin eine Patenschaft zu dieser Institution betreibt und ihr eine Bühne gibt. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form von Werbung und Verharmlosung dieses mörderischen Vereins, auch wenn er noch so wohltätig daherkommt. Deshalb rufen wir euch alle dazu auf, das Konzert der Bundeswehr am 18. Juni erneut zu einem Desaster zu machen! Seid laut, seid bunt, seid kreativ!

BERICHTE:

Am 6. Mai gab es mal wieder ein Bundeswehrkonzert in Oldenburg – und mal wieder ging es nicht wirklich reibungslos über die Bühne. Ab 10 Uhr versammelten sich bereits etwa drei Dutzend Antimilitarist_innen auf dem Schloßplatz und waren – wie erwartet – mit einem Großaufgebot der Polizei konfrontiert.

Die Ohren der etwa 100 anwesenden Kriegsbegeisterten wurden ab dann nicht nur durch die von ihnen geliebte Militär-Musik gequält. Vereinzelte Tröten und besonders zwei elektronisch-piepsende Vogelhäuschen in den Bäumen auf dem Rathausmarkt sorgten für nachhaltige Misstöne. Es dauerte eine Weile, bis die Polizei das technische Equipment zur Verfügung hatte, damit das Konzert überhaupt weitergehen konnte.

Spätestens als dann noch ein antimilitaristisches Transparent direkt auf dem Platz entrollt wurde und einige Aktivist_innen durch gellendes Schreien ihren Die-In zelebrierten, war die heimelige Stimmung wohl verflogen. Während des Konzertes machte übrigens die offenbar testosterongesteuerte Polizei durch unverhältnismäßigen Einsatz von Fäusten und Griffen auf sich aufmerksam, wobei ein Demonstrant ernsthafter verletzt wurde.

Ob bei den frierenden Kriegsbegeisterten auf dem Rathausmarkt allerdings in dieser Atmosphäre – Lärm, Konfrontation mit Kritik am Eingang und unter dem Schutz eines massiven Polizeiaufgebots – noch rechte, feierliche Stimmung aufkommen konnte, bleibt fraglich. Daran änderte auch die Ansprache der Schwandner-Vertreterin Germaid Eilers-Dörfler nichts mehr, welche das angeblich »gute partnerschaftliche Verhältnis« zwischen Bundeswehr und Stadt abfeierte und tatsächlich behauptete, dass ein Militär-Konzert rein gar nichts mit Militarismus zu tun habe. Mehrere Besucher_innen verließen jedenfalls genervt das Konzert – so etwa eine alte Dame, die die Demonstrant_innen mit dem fast panischen Gebrüll verabschiedete: »Die ist doch gut, die brauchen wir doch, unsere Wehrmacht«.

Am letzten Montag, den 18. Juni, gab es mal wieder das jährlich von der NWZ organisierte Benefizkonzert »für den guten Zweck« mit der »Bundeswehr Big Band«. Neben einigen tausend Militärbegeisterten hatte sich auch etwa 80 Antimilitarist_innen eingefunden, um dem zynischen Spektakel ihren Protest entgegenzusetzen. Durch Flugblätter, Transparente und die durch Tröten verstärkte Sambaband konnte dann allerdings nur ein kleiner Gegenpol zur Bundeswehrpropagandashow gesetzt werden.

Denn nach den äußerst gelungenen Aktionen gegen die letzten Militärkonzerte hatte die Polizei nochmals ordentlich nachgelegt und den Rathausmarkt so in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt. Jeweils eine Bereitschaftspolizeihundertschaft aus Oldenburg und Osnabrück, die polizeiliche Schlägertruppe BFE, das gesamte Staatsschutzdezernat, etwa ein dutzend Beamte in zivil sowie mehrere Feldjäger der Bundeswehr sollten jegliche effektive antimilitaristische Proteste unterbinden. Selbst die Feuerwehr stand mit zwei Gerätewägen bereit, um gegebenenfalls Amtshilfe gegen kreative Aktionen zu leisten.

Die massiven Eingangskontrollen und die auf den Dächern postierte Polizei verbildlichten jedoch wohl eher unfreiwillig, dass eine »Militarisierung nach Aussen« stets mit einer »Militarisierung nach Innen« einhergeht. Und so kam es im Laufe des Tages dann auch noch zu zwei vorübergehenden Festnahmen von Antimilitaristen – wegen Trötens in Richtung der Polizei, was angeblich eine »gefährliche Körperverletzung« darstellen sollte.

So lächerlich dieser Vorwurf auch ist, so deutlich zeigt das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei, dass die Proteste der letzten Jahre Wirkung zeigen und die Sicherheitskräfte rasend machen. Dass das BFE mit ausdrücklicher Genehmigung des Einsatzleiters Münch gewaltsam zuschlägt und dabei mehrere Demonstrant_innen verletzt, nur um Tröten und Holzrasseln sicherzustellen, ist schon mehr als entlarvend. Darauf gilt es eine politische Antwort zu finden.

Beide Berichte geklaut und minimal geändert von [regentied]

10. Mai: Aktion gegen die Krisenpolitik in Oldenburg

Am 10. Mai 2012 versammelten sich etwa 50 Menschen in der Oldenburger Innenstadt, um gegen die Krisenpolitik innerhalb der EU zu protestieren. Der Treffpunkt war ein Infostand, an dem über die massive Verarmung als Folge dieser Politik berichtet wurde. Die Sambaband sorgte für die nötige Aufmerksamkeit. Nach einer Rede kam es spontan zu einer offenen Diskussion, in die sich auch einige Passant_innen einbrachten. Einig waren sich dabei alle, dass der herrschenden Politik und Umverteilung von unten nach oben etwas entgegen gesetzt werden muss. Während einige dabei auf den parlamentarischen Weg setzen wollten, sahen andere eher Selbstermächtigung von unten als zielführend an. Letztere solidarisierten sich dabei mit den Menschen, die sich innerhalb von sozialen Kämpfen gegen die herrschende Politik massiv zur Wehr setzen – ob in Griechenland oder anderswo. Es wurde auch mehrfach für die Teilnahme an den Blockupy-Aktionen Mitte Mai in Frankfurt aufgerufen. Anschließend zogen die DemonstrantInnen zur Deutschen Bank-Filiale an der Osterstraße, wo es zu einer gut halbstündigen, symbolischen und dank der Sambaband lautstarken Blockade kam.

Unsere Antwort auf die Krise:

Solidarität von unten statt Vereinzelung und Spaltung

Die Krise ist in aller Munde und gleichzeitig ist nie so richtig klar, um wessen Krise es hier eigentlich geht? Ist es die Krise der Banken, ist es die Krise von Griechenland, ist es unsere Krise oder die der Wirtschaft?

Hören wir auf die Medien und das, was uns die Politiker_innen hier in Deutschland erzählen, dann ist es vor allem die Krise von Griechenland, Portugal und Spanien. Dort hätten „die Pleite-Griechen" und die „unfähigen und arbeitsfaulen Südländer" über ihre Verhältnisse gelebt und nicht richtig gespart und deshalb seien die Staaten nun pleite.

Diese Darstellung ist nicht nur rassistisch, sondern ganz einfach falsch:

Zu der aktuellen Krise von Griechenland hat die BRD mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte wesentlich beigetragen: „Exportweltmeister" konnte die BRD nur werden, weil die Bundesregierung die Löhne v.a. in der Exportindustrie in den letzten Jahren massiv gedrückt hat. Da der Exportgewinn des einen das Handelsdefizit des anderen Landes bedeutet und über 70 % der Exporte der BRD in die EU gehen, hat die BRD durch ihre Niedriglohnpolitik so mit zu der Krise von Ländern wie Griechenland beigetragen.

Für den massiven Ausbau des Niedriglohnsektors sorgte v.a. die Einführung von Hartz IV und die Ausweitung der Leiharbeit. Die Veränderungen führten dazu, dass sich auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der BRD verschlechtert haben: derzeit arbeiten über 25 % der Arbeitnehmer_innen in der BRD für einen Niedriglohn, die Arbeitsbedingungen haben sich zugespitzt, die Beschäftigungsverhältnisse werden immer prekärer und immer mehr Menschen werden durch den Druck auf der Arbeit krank.

Demgegenüber strotzen die Bundesregierung und ihre Medien vor Selbstbewusstsein und Optimismus: Deutschland sei stärker aus der Krise raus gekommen als reingegangen, um die BRD stünde es „so gut wie lange nicht" (so Merkel) und Europa spreche jetzt deutsch, wie CDU-Generalsekretär Kauder stolz feststellt.

Das zeigt einmal mehr: Wenn die Wirtschaft wächst und „alles so gut dasteht, wie schon lange nicht mehr", heißt das eben nicht, dass es auch den Arbeitnehmer_innen gut geht. Vielmehr bedeutet eine erfolgreiche Krisenbewältigung immer einen Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen. So führte die Weltwirtschaftskrise seit 2009 dazu, dass Millionen von Menschen mehr als schon zuvor in Armut überleben müssen.

Das „Krisenmanagement" von Merkel & Co gibt nur vor, die Probleme lösen zu wollen. Die Auswirkungen dieser Politik sind aber nicht, dass die Krisenursachen oder -folgen ausgeschaltet würden. Vielmehr bedeutet das aktuelle Krisenmanagement in allen Ländern der EU eine Umverteilung von unten nach oben: im Namen der Krise werden Sparprogramme durchgeboxt, Lohnsenkungen verhandelt, Arbeitsrechte abgebaut, Arbeitsbedingungen verschlechtert und vieles mehr. Die betroffenen Länder in Südeuropa werden vom internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und nicht zuletzt der BRD gezwungen massiv zu privatisieren und zu sparen – und gleichzeitig die Proteste der Menschen niederzuknüppeln, die sich diese massive Umverteilung nicht gefallen lassen

wollen. Die Folgen dieser Politik sind brutal: Massive Renten- und Lohnkürzungen, Obdachlosigkeit und Verarmung sind nur die Spitze des Eisbergs.

Dabei wird eines mehr als deutlich: Es gibt weder „die Griechen“ noch „die Deutschen“. Die Sparprogramme werden von der herrschenden Klasse in Griechenland legitimiert und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Gleichzeitig gibt es im Land der Krisengewinnler_innen, der BRD, mehr Krisenverlierer_innen als es zunächst den Anschein hat. Es sind die großen Akteure des Kapitals von VW bis zur Deutschen Bank, die in Zeiten der Krise Rekordgewinne verbuchen können. Gleichzeitig wird die menschenfeindliche Politik von Zeitarbeit über Abbau von Arbeitnehmer_innenrechte bis zu Hartz IV verschärft.

Was wir also brauchen ist internationale Solidarität von unten statt Vereinzelung und Nationalismus!

In der letzten Zeit wurden und werden immer wieder Stimmen laut, die die Ursachen der Krise bei gierigen Spekulant_innen oder der »Zockermentalität« irgendwelcher Bänker_innen oder Hedge-Fond-Verwalter_innen sehen. Als Krisenbewältigung wird deshalb eine stärkere Kontrolle von Finanztransaktionen und Spekulationen gefordert.

Wir setzen dem entgegen: Die Krise ist das System! Sie ist die notwendige Folge einer Wirtschaftsweise, deren einziges Ziel der unendliche Wachstum ist - unabhängig von den realen Bedürfnissen der Menschen. Wie absurd diese Wirtschaftsweise ist, tritt in der Krise offen zutage: In den USA und Spanien müssen Menschen in Zelten wohnen, weil zu viele Häuser gebaut wurden. In Italien wird die hohe Jugendarbeitslosigkeit beklagt und das Renteneintrittsalter angehoben. In Deutschland steigt die Arbeitsproduktivität – d.h. es lässt sich das Gleiche in kürzerer Zeit herstellen – doch die Überstunden nehmen zu.

Spekulation, gierige Finanzhaie und profitorientierte Bankgeschäfte sind nicht eine entfesselte Form dieser Wirtschaftsweise, sondern sein elementarer Bestandteil. Eine wirkliche Veränderung dieser Verhältnisse kann nicht durch oberflächliche Korrekturen im Finanzwesen erreicht werden.

Viele Menschen in Südeuropa haben inzwischen begriffen, dass eine Politik, die es dem Kapital recht machen will, nicht dazu führen wird, dass es den Menschen besser geht. In Spanien gab es massenhafte Streiks, in Griechenland wird regelmäßig das halbe Land lahmgelegt, die Leute schließen sich auf Plätzen, in Unis und in Betrieben zusammen und haben aufgehört, das eingesetzte Troika-Regime als ihr Regierung anzuerkennen.

Hierzulande gilt es eine Menge von den stattfindenden Kämpfen zu lernen. In der BRD sind die Proteste gegen die kapitalistische Krise bisher kaum ins Rollen gekommen. Bisher sind es hierzulande keine Massen, die auf die Straße gehen, sondern oft eher versprengte Gruppen, die die Bewegung von unten nur zu repräsentieren beanspruchen.

Wir sind der Meinung dass es höchste Zeit ist, dass wir aufwachen und aktiv werden. Wir glauben, dass in der Krise auch eine Chance liegt, nämlich die, dass wir selbst anfangen, zu überlegen wie wir leben und was wir ändern wollen. Wir halten es für wichtig, dass wir anfangen mit unseren Kollegen und Kolleginnen auf der Arbeit, mit unseren Nachbarn, mit unseren Freunden und Freundinnen darüber zu reden, wie wir leben und was wir ändern wollen.

Wir müssen die Vereinzelung aufbrechen, in der sich viele von uns mit ihren Problemen befinden und uns zusammenschließen, um gegen die Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen und für ein besseres Leben zu kämpfen. Dazu müssen wir auch die Grenzen einreißen, die zwischen uns gezogen werden: Zwischen Niedriglohnarbeiter_innen und Arbeitssuchenden, zwischen Festangestellten und Leiharbeiter_innen oder zwischen Leuten mit und ohne deutschen Pass. Diese Spaltungen verhindern den Blick darauf, dass wir letztlich ähnlichen Zwängen ausgeliefert sind und vor ähnlichen Problemen stehen.

Gleichzeitig rufen wir dazu auf, sich an den Krisenprotesten zu beteiligen, die auch hierzulande gibt, wie beispielsweise die M31-Mobilisierung im vergangenenMärz oder die noch anstehenden **Blockupy-Aktionen**, die vom **17.-19. Mai in Frankfurt** stattfinden werden. Dort soll das Bankenviertel durch massenhafte Aktionen zumindest symbolisch lahmgelegt werden. Wir rufen dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Wir wissen zwar nicht genau wie, aber wir wissen was:

Wir wollen echte Demokratie, also eine Gesellschaft, in der alle Menschen selber über ihre Lebensumstände entscheiden können und wo Mitbestimmung sich nicht auf das schönste oder hässlichste Präsidentengesicht reduziert. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Ökonomie, Produktion und Verteilung von Reichtum nicht als naturgegeben, sondern als demokratisch verhandelbar erscheinen. Wir wollen, dass sinnvoll produziert und gerecht verteilt wird. Wir wollen die Grenzen einreißen, die den Reichtum der herrschenden Klassen im globalen Norden vor Menschen aus ausgebeuteten Ländern des Südens schützen sollen. Wir wollen aufhören, es unseren Chefs, unseren Sachbearbeiter_innen, unseren Gewerkschaftsfunktionären, unseren Vorgesetzten, der Polizei, den Regierungen zu überlassen, wie wir leben sollen. Wir wollen aufhören, eine Gesellschaft zu akzeptieren, in der der Alltag für den allergrößten Teil durch Existenzangst, Konkurrenz, Ohnmachtsgefühle und Armut geprägt ist.

Und dafür wollen wir mit allen Menschen – ob in Griechenland, Spanien, Ägypten, Frankfurt oder Oldenburg – gemeinsam kämpfen.

Internationale Solidarität von unten!

Die Krise heißt Kapitalismus!

Offener Brief an Peter Thomas (Wardenburg) Juni 12, 2012

(Eigentümer des Haus Friedensbruch am Theaterwall 24a, Oldenburg) Nach mehr als einem Jahr Nutzung des Haus Friedensbruch haben Sie letzte Woche einen ersten Kommunikationsversuch mit uns gestartet. Für diesen etwas missglückten Versuch der Kontaktaufnahme mittels kommentarloser Unterbrechung der Stromversorgung bedanken wir uns nun zunächst ganz herzlich.

Ihrem Antrag auf Versorgungsunterbrechung folgend, wurde am frühen Morgen des 31. Mai ein Loch im Garten gegraben und der Stromanschluss still gelegt. Dass die EWE ihren Verpflichtungen aus dem nach wie vor mit uns bestehenden Versorgungsvertrag nicht weiter nachkommen würde, wurde uns nicht vorher mitgeteilt. Erst auf telefonische Nachfrage haben wir erfahren, warum plötzlich der Strom „ausgefallen“ war. Wem das nützen soll, wenn wir jetzt wieder Kerzen und Generator auspacken müssen, bleibt ein Rätsel. Da wir Strom und Anschluss ohnehin selbst bezahlen, bleibt Ihnen nicht mal ein finanzieller Vorteil. Inwieweit Sie meinen damit der komplizierte Prozedur der zivilrechtlichen Durchsetzung der Räumung des Hauses umgehen zu können, können wir auch nur spekulieren.

Im Laufe des letzten Jahres haben im Haus diverse Veranstaltungen wie z.B. Fotoausstellungen, Lesungen, Workshops und zahlreiche Konzerte stattgefunden. Es war Spielort der Kurzfilmtage und ist für viele durch Kneipe, Café und Parties ein regelmäßiger sozialer Anlaufpunkt geworden[1]. Im Obergeschoss ist eine kleine WG eingezogen, es wurde ein Trägerverein gegründet. Jede dieser Veranstaltungen wurde und wird grundsätzlich auf Spendenbasis angeboten, um jeder und jedem die Teilnahme zu ermöglichen.

Inwieweit es Ihr Ziel ist, solche Veranstaltungen zu behindern und den Bewohner_innen das Leben schwer zu machen sei dahin gestellt. Fakt bleibt, dass Sie eine weitere Nutzung damit nicht verhindern werden. Schließlich gab es auch inden ersten Monaten seit der Besetzung noch keinen Strom im Haus, was niemanden davon abgehalten hat, es als kulturelles Wohnprojekt zu nutzen. Seit nunmehr mindestens sieben Jahren waren Sie offensichtlich völlig desinteressiert, was die weitere Nutzung des Hauses angeht. Sechs Jahre lang haben Sie es vergammeln lassen, die Anzeige nach der zweiten Besetzung haben Sie sofort wieder zurückgezogen und damit unseren Aufenthalt seit dem geduldet. Kurz nach unserem Einzug haben Sie der NWZ gegenüber geäußert, dass Sie weder sanieren, noch vermieten oder verkaufen wollten. Den Wunsch nach Kommunikation mit uns hatten Sie offensichtlich nie.

Sicher haben Sie in der Presse verfolgt, wie groß das öffentliche Interesse an diesem Projekt war und ist. Daher wird sich nicht nur uns die Frage stellen, mit welcher Begründung sie nun so plötzlich und zum ersten Mal von sich hören lassen. Wir fordern Sie auf, uns und auch dem Rest der Stadt öffentlich mitzuteilen, welche Pläne Sie verfolgen. Sie haben, in einer Stadt in der akuter Wohnungsmangel herrscht und gleichzeitig immer mehr unabhängige Räume, die zur kulturellen Nutzung offenstehen, abgerissen werden[2], ein Haus jahrelang und bis unter die Grenze der Bewohnbarkeit verfallen lassen. Damit haben Sie sich unserer Ansicht nach nicht gerade als verantwortungsbewusster Immobilieneigentümer qualifiziert. Und wie Sie wissen, sind wir mit dieser Ansicht nicht alleine. Das Scheitern Ihrer Verkaufsversuche sowohl im leer stehenden, als auch im besetzten Zustand, lässt sich im Internet nachvollziehen. Daran, dass sie dieses „Baudenkmal“, wie Sie Ihre Problemimmobilie nennen, urplötzlich gewinnbringend verkaufen, nur weil Sie uns räumen lassen, glaubt wohl niemand. Auch nicht, wenn zur Zeit die Immobilienfirma Schwerdt das Haus für Sie im Rahmen eines „Immobilienpaketes“ von sieben Häusern potenziellen Käufer_innen unterzumogeln versucht. Die bloße Äußerung Ihrer Verkaufsabsicht reicht uns somit nicht als Rechtfertigung, wenn Sie ein Kulturprojekt zerstören und mehrere Menschen obdachlos machen wollen.

So oder so, wir halten es für ungleich wichtiger, dieses Projekt am Leben zu halten, als dass Sie ungestört ein Haus verfallen lassen können. Sie haben ja genug davon. Wir nicht. Außerdem haben wir viel zu viel Arbeit und Liebe in dieses Hausprojekt gesteckt, um es kampflos aufzugeben. Wir bleiben! Die Nutzer_innen des Haus Friedensbruch

[1] Alle bisherigen Veranstaltungen unter hausfriedensbruch.wordpress.com.
[2] An dieser Stelle sei hingewiesen auf die Containergalerie (Conga) und die Ateliers auf dem Bahngelände - abgerissen vor einem Jahr, entstanden eine seitdem ungenutzte und nutzlose Brachfläche, sowie den in wenigen Wochen bevorstehenden Abriss des – zumindest punktuell frei nutzbaren – QuArtiers im Bahnhofsviertel.

Pressemitteilung der Oldenburger Wagenburg

Unter dem Laster, liegt der Neubaurand

Zumindest wenn es nach der Meinung der gegenwärtigen Stadtplanung und den privaten Grundstückseigentümern im Bereich „Alter Stadthafen“ geht.

Seit 2005 ist das Gebiet rund um den Alten Schlachthof verplant. „Ein Viertel für die große zukünftige Elite“ so beschrieb OB Schwandner das Projekt. Der ursprüngliche Plan mit Yachthafen, und wohnen am Wasser ist längst passé. Zu teuer und nicht umsetzbar lautete das Fazit einer eigens in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie. Diese Pläne wurden gestrichen und ein neuer Bebauungsplan vorgelegt. Heraus kam eine eingeschränkte Planung auf der Nordseite, also das Gebiet zwischen dem Arbeitsamt und dem Wasserturm. Eine enge Bebauung mit 3-5 stöckigen Häusern, ummantelt mit höherstöckiger Randbebauung, die als bewohnter Lärmschutz an den Schienen errichtet werden sollte, waren das Resultat... quasi als neocharmante Trutzburg gegen den Bahnlärm. Weitere Gutachten über Lärmentwicklung, Verkehrsaufkommen und Bodenbelastung warfen Probleme auf. Das Projekt schien auf Talfahrt zu gehen.

Kurz darauf verließ Stadtbaurat Pantel seinen Posten, die städtischen Verhandlungen mit der DB Netz AG (größte Grundstückseigentümerin auf dem Gebiet) scheiterten und die Pläne wurden offensichtlich erst einmal auf Eis gelegt.

Ginge es nach dem Willen von Stadtbaurätin Gabriele Nießen, sollte das für schon tot befundene Projekt „Alter Stadthafen“ nun zügig wieder in Angriff genommen werden. Auch der Vorsitzende des Bauausschusses Sebastian Beer (die Grünen) äußerte bereits, dass es nun alles ganz schnell gehen könnte. Doch nicht die Stadt wird als Investor auftreten, um das Grundstück der Bahn AG zu erwerben, sondern der Rasteder Kaufmann Dirk Onnen.

Mit der kürzlich von Onnen und Hans-Helmut Kutzeer gegründeten „Stadthafen-Immobilien GmbH“ , sollen Bau und Verkauf nun abgewickelt werden.

Warum dies allerdings noch nicht öffentlich bestätigt wurde, wirft Fragen auf. Handelt es sich hierbei doch um Belange, öffentlichen Interesses.

Warum hat eine seit Jahren geforderte Beteiligung an den Planungen nie stattgefunden?

Die Stadt schreibt, dass es noch zu Gesprächen mit den Eigentümern kommen muss, alle anderen sollen mal wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

So zumindest sieht es aus.

Als das Projekt 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, war eine Bürgerbeteiligung lediglich für das Sanierungsgebiet Bahnhofsviertel vorgesehen. Der Bereich „Alter Stadthafen“ war von vornherein als gesonderte Planung abgekoppelt. Was bedeutet, dass der Entscheidungsprozess für dieses Gebiet, alleine der Stadt und den privaten Grundstückseigentümern obliegt. Die dort lebenden Menschen, sind nach wie vor von jeglicher Mitbestimmung ausgeschlossen.

Doch zeigten auch sog. Städtische „Bürgerbeteiligungsvorhaben“ im Oldenburger Bahnhofsviertel, dass es sich dabei lediglich um ein hoch herrschaftliches Mittel handelt, bei dem klar suggeriert wurde: Wir geben den Inhalt vor und ihr dürft eure Meinung äußern. Das ist nicht die Art, wie Beteiligung zu funktionieren hat!! Erst wenn Stadt und Politik verstanden haben, dass alle Menschen die Stadt, in der sie leben, auch selber mit produzieren können und dürfen, ist eine Beteiligung geschaffen. Um komplexe Ideen zu entwickeln, braucht es eben etwas mehr Zeit.

Nichts desto Trotz, auch nach mehrfachem Scheitern des Vorhabens, gab es nie die Bereitschaft Bebauungspläne für den „Alten Stadthafen“ öffentlich zu diskutieren oder die bestehenden Strukturen in ihre Pläne mit auf zu nehmen.

Alle Planungen, Vertragsverhandlungen und Genehmigungsverfahren, die mit Abriss, Bau oder Verkauf zu tun haben, müssen auf Eis gelegt werden und gehören auf den Prüfstand!

Sämtliche Planungs-, Verkaufs- und Bauvorhaben müssen offen gelegt werden!

Weshalb wurde nicht einmal der Gedanke geäußert dem Gebiet eine andere Nutzung zuzuweisen? Ist die Verwertung durch Neubau die einzige Alternative auf diesem Gebiet?

Warum wurde nie über eine zeitweise Nutzung auch der versiegelten Flächen auf dem Bahngelände nachgedacht?

Liegt es an der Laufzeit der Fördergelder, die für das Projekt im Hafen bei EU, Bund und Land beantragt wurden? Oder weil die Zukunftsideen für so eine Fläche mit Inklusion der bestehenden Projekte nicht mit denen eines „weißen Campus“ oder der Entwicklung eines „schlauen Hauses“ vereinbar ist?

All diese städtebaulichen Projekte sprechen schließlich von Eliteförderung, städtischen Wettbewerbsgerangel und der Suche nach Verwertbarem.

Projekte und Veränderungsmaßnahmen müssen nachweisen, welchen Nutzen sie für den Stadtteil haben!

Die bereits erschlossenen Lücken zwischen Arbeitsamt und Landeszentralbank lassen wenig Hoffnung aufkommen für individuelle Konzepte. Die hier entstehenden 15 Eigentumsheime gelten doch als Startsignal für das neue Oldenburg am Wasser. Franchiseketten und Coffee to go, Systemgastronomie und Eigenheim. Nach aktuellem Planungsstand sollen zwischen dem Restaurant „Schwan“ und „Anna Hunte“ 15 weitere Gastronomien entstehen. Dazu maritimer Eventcharakter mit „endlich mal richtigen Kerlen“, Shanty-Chören und Butterdampfer.

Es stößt schon ziemlich zynisch auf, wenn behauptet wird, dass auch hier an den demografischen Wandel gedacht wird. Um auch nur irgendwie eine soziale Komponente in die Bauvorhaben zu bringen, wird mit altersgerechten Wohnungen geworben. Stellt sich jedoch die Frage, von welcher sozialen Schicht älterer Menschen ausgegangen wird?

Der Bau von öffentlich geförderten Wohnraum darf nicht zu Lasten von bestehenden Projekten gehen. Erhalt und Förderung eben dieser und der kleinteiligen und vielfältigen Gewerbestruktur sollen gewährleistet werden!

Die Frage ist doch, ob Projekte wie die Wagenburg oder die bunte Mischung an Kleingewerbe und Kulturbetrieb in den Restgebäuden des Alten Schlachthofes keine Zukunft verdienen, nur weil sie aus Eigeninitiative entstanden und selbstorganisiert sind?

Die Wagenburg besteht seit 1995 auf dem ehemaligen Schlachthofgelände und bietet außer selbstbestimmten Wohnraum auch vielfältige subkulturelle Angebote: Bevölkerungsküche, Konzerte, Workshops, Partys, Performance, Bau und Handwerk um nur einige zu benennen.

Durch seine Dynamik und Offenheit entwickelte sich die Wagenburg in nun schon mehr als 15 Jahren zu einem stehenden Begriff im Oldenburger Kulturleben. Davon zeugen das Interesse nicht nur von Menschen aus der Nachbarschaft und dem gesamten Stadtgebiet sondern auch internationale Kontakte und Freundschaften. Dies sorgt für regen Austausch, Vernetzung und der Tatsache, dass die Wagenburg als kultureller Multiplikator seit Jahren wächst. Die Zentrale Lage ist hierfür ein sehr entscheidender Faktor.

Ähnlich sorgt die teils private, aber auch klein gewerbliche Nutzung der umliegenden Gebäude, für eine Vielfalt und Individualität, wie sie nur bei behutsamen Wachstum entstehen kann. Auch ohne öffentliche Unterstützung entstand hier in den letzten Jahrzehnten ein Zusammenspiel von unterschiedlichsten Komponenten, wie es in Innenstadtnähe leider nur noch sehr selten anzutreffen ist. Der quirlige Publikumsverkehr und die große Beliebtheit von Veranstaltungen zeugen auch hier von einer wichtigen Institution von öffentlichem Interesse.

Wie will die Stadt allen Beteiligten eine Zukunft präsentieren? Und Zukunft meint eine Situation die am Status Quo anknüpft. Niemandem wird mit einem Friss-oder-Stirb Angebot geholfen sein. So ist es für die Wagenburg nicht vorstellbar einen neuen Platz am Stadtrand anzunehmen. Es gibt wie gesagt, soziokulturelle Gründe für eine zentrale Lage in Oldenburg. Stimmen wie: „Wir sind auch eine wachsende Wagenburg und brauchen ausreichend Platz.“ werden lauter.

Ob die Stadt als Verhandlungspartner auf Augenhöhe auftritt bleibt abzuwarten. In der Vergangenheit vorgeschlagene Ausweichorte der Wagen Bewohner_innen wurden von der Stadt schnell ab gewimmelt. Die Stadt behielt es sich vor, eigene Vorschläge zu unterbreiten. „Wir haben allergrößte Bedenken, dass unsere Belange von der Stadt nicht ernst genommen werden.“ so ein Wagenbewohner.

Die Auswahl an zentralen Orten für eine Wagenburg ist gering. „Wir wollen uns auch nicht unter Wert umsiedeln lassen, wissen wir unseren zentralen Standort doch sehr zu schätzen. Die eher zähen Verhandlungen mit der Stadt haben uns Recht gegeben, wäre es nach Pantel&Co gegangen, wohnten wir seit Jahren nicht mehr auf dem Gelände am Schlachthof.

So lautet die Forderung: „Der beste Platz für unsere Wägen ist immer noch der Stau!“

Dies hier ein Appell zu handeln. Auf dass eine öffentliche Debatte entstehen mag, wie die Stadt in der wir leben, sich entwickeln soll. Für mehr Selbstbestimmung und mehr Menschen, die ihr Recht auf Stadt mitgestalten. Für mehr Bauwagenplätze!

Oldenburger Wagenburg im Mai 2012

Kontakt:

Stau 117a, 26123 Oldenburg

wagenimstau@web.de

„Akzeptierende Jugendarbeit“
Ein kritikwürdiger Vortrag an der Uni Oldenburg

Am Dienstag, den 29. Mai fand die erste Veranstaltung der Reihe „Rechtsextremismus heute“ in der Oldenburger Uni statt. Der Sozialarbeiter Dennis Rosenbaum referierte über das Thema: „Wie versuchen Akteure und Organisationen rechtsextremer Szenezusammenhänge für Jugendliche attraktiv zu sein, inwiefern gelingt ihnen das, und weshalb?“. Der Referent ist Mitarbeiter des VAJA Bremen e.V., dem „Verein zur Förderung der akzeptierenden Jugendarbeit“. Ein Großteil der Arbeit des VAJA findet mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund statt, aber auch sogenannte „rechte Jugendliche“ sind eine Zielgruppe.

Konzeptuelle Grundlagen

Grundlegend möchte das Konzept der akzeptierende Jugendarbeit die Jugendlichen „so akzeptieren wie sie sind“. Das heißt es wird keine Kritik an derzeitigen Überzeugungen oder Handlungen geübt werden. So soll eine Vertrauensbasis entstehen, die es den Jugendlichen ermöglichen soll, mehr Handlungsmöglichkeiten vermittelt zu bekommen und zu nutzen. Auf diesem Weg sollen sie „fit“ für das „normale“ Leben, außerhalb ihres derzeitigen negativ behafteten Umfelds gemacht werden. Zunächst einmal ein interessanter Ansatz – könnte man meinen.

Bei näherer Betrachtung hingegen fällt auf, dass dieses Konzept, übertragen auf sogenannte „rechte Jugendliche“ nicht unproblematisch ist. Es wird in dem Konzept davon ausgegangen, dass Jugendliche, die sich in die Naziszene begeben, auf der Suche sind nach Spaß, Action und Akzeptanz innerhalb einer Gruppe. Aus diesen Gründen sei die rechte Szene interessant, führe der Referent aus. Jegliche politische Ideologie wird in der akzeptierenden Jugendarbeit ausgeblendet. Die rassistische Einstellung der Jugendlichen wird nicht problematisiert. Auch die Tatsache, dass es eine Überschneidung zwischen dem sogenannten „Rassismus der Mitte“ und der Naziideologie gibt, dass diese sogar aus der Mitte der Gesellschaft entsteht, wird verneint. Gesellschaftliche Umstände werden im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit schlichtweg ignoriert. Statt dessen werden die „rechten Jugendlichen“ als „Verführte der Nazis“ dargestellt. Dass es eine bewusste Entscheidung ist, Nazi zu werden, sich zu Rassismus, Führertum und Antisemitismus zu bekennen, wird geleugnet. Nicht jede_r Jugendliche, die_der auf der Suche nach „Action“ und Anerkennung ist, ist gezwungen, Nazi zu werden. Dies ist immer noch eine bewusste Entscheidung. Dies auszublenden, ist ein fataler Fehler.

Zur Veranstaltung

Die im Konzept angesprochene Entpolitisierung der Naziszene war auch der Tenor der Veranstaltung von Herrn Rosenbaum. Die Neonaziszene sei interessant wegen der Demonstrationen, der konspirativ organisierten Aktionen und dem Zusammenhalt innerhalb der Gruppe. Eine weitere „Analyse“ von Herren Rosenbaum besagte: Nazi wird, wer Probleme mit seinem Vater hatte oder diesen nie kennen lernte. Auf Nachfrage konnte er auch nur erklären, dass er sich dies aus seiner Berufserfahrung zusammengereimt hat. Wissenschaftlich ist dies nicht belegt. Besonders unglaubwürdig machte sich der Referent mit der Aussage, dass Ju-

gendliche, die er betreue, „zufällig in der Nähe eines Kategorie C-Konzertes“ waren. Kategorie C gilt als Kultband für Neonazis und Hooligans. Die Konzerte werden konspirativ organisiert, nur Eingeweihte wissen von ihnen. Besagte Jugendliche seien allerdings nur zufällig dort gewesen, weil sie anderen Konzertbesucher_innen hinterhergelaufen seien. Wie Naiv kann mensch denn sein? Herr Rosenbaum arbeitet mit neonazistischen Jugendlichen, die gern Kategorie C hören. Es gibt ein Konzert dieser Rechtsrockband. Diese Jugendlichen sind dort, aber sollen angeblich zufällig dort gelandet sein. Dies offenbart eine unglaubliche Naivität, der Sozialarbeiter gab sich offenbar alle Mühe, nicht wahrhaben zu wollen, dass die Nazis die er betreut, Nazis sind. Auf die Nachfrage, was eine „rechte“ und eine „linke“ Szene unterscheiden würde, konnte er keine klare Antwort geben. Logisch, wenn die Neonazis zuvor entpolitisiert werden. Obendrein kam noch hinzu, dass das Fernsehteam vom Lokalsender „Oeins“ einen Großteil der Veranstaltung abfilmte. Obwohl im Vorhinein gefragt wurde, ob jemand nicht gefilmt werden wollte, wurde auch auf diese Personen die Kamera gehalten. Fragende bekamen dann noch die besondere Aufmerksamkeit der Kamera. Dieses in einer Situation tun, in der eine Bedrohungslage durch lokale Neonazis potentiell existiert, sorgt zwangsläufig für eine gehemmte bzw. nicht stattfindende Diskussion.

Fazit

Insgesamt lässt sich also ein kritisches Fazit dieser Veranstaltung ziehen. Das pädagogische Konzept, mit Nazis „akzeptierende Jugendarbeit“ machen zu wollen, hat sich praktisch nie bewährt, sondern sorgte im Gegenteil meist für eine Stärkung der lokalen Neonaziszene und ihrer Strukturen. Im niedersächsischen Tostedt wurde beispielsweise jahrelang akzeptierende Jugendarbeit mit jungen Neonazis betrieben, was zur Folge hatte, dass der dortige Jugendtreff für die Neonazis als Treffpunkt und infrastrukturelles Zentrum genutzt werden konnte und sich die Szene über Jahre festigen konnte. Für nicht-rechte Jugendliche war das Jugendzentrum praktisch nicht mehr betretbar. Heute gehört Tostedt zu den Schwerpunktgebieten neonazistischer Aktivitäten in Niedersachsen.

Die gesellschaftlichen Umstände, die die Grundlage für neonazistische Denkmuster sind, werden im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit ignoriert und ausgeblendet, die Naziszene entpolitisiert und somit verharmlost. Der Referent hatte offensichtlich kaum Kenntnisse über die Naziszene und ihre Gepflogenheiten. Eine Umgebung, die das Diskutieren nur unter der Prämisse des Gefilmt-werdens ermöglichte, tat ihr übriges.

Eine kritikwürdige Veranstaltung.

Weiterführende Literatur:

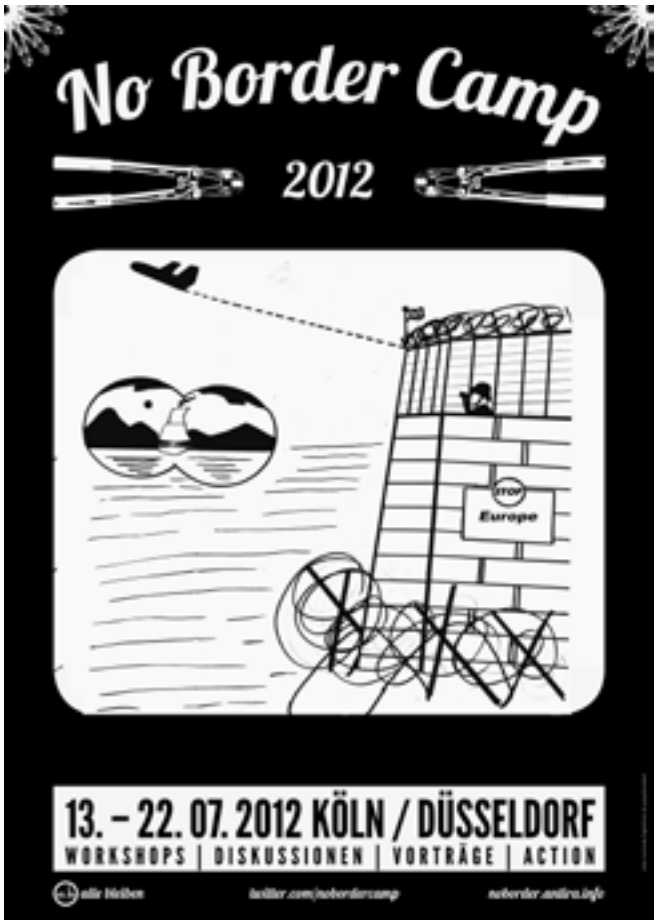
Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.): Rosen auf den Weg gestreut... Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen Erhältlich in gut geführten Infoläden

Sebastian Fischer: Rechtsextremismus bei Jugendlichen. BIS-Verlag, Oldenburg 2006

Von: oldenburgnazifrei.blogsport.de

WAR STARTS HERE LETS STOP IT HERE
12. - 17. SEPTEMBER 2012 / GEFECHTSÜBUNGSZENTRUM IN DER ALTMARK
CAMP

4. 8. 2012 / 10 Uhr
Bad Nenndorf-Bahnhof
antifaschistische
Demonstration
Gegen den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf, Nationalismus und NS-Verherrlichung!


No Border Camp
2012

13. – 22. 07. 2012 KÖLN / DÜSSELDORF
WORKSHOPS | DISKUSSIONEN | VORTRÄGE | ACTION

Geh-Dächtnis

Demonstrativer Stadtrundgang mit kritischen Einblicken

Das **Bündnis gegen Rechts Oldenburg** ruft zu einem demonstrativen Stadtrundgang in Oldenburg auf. An verschiedenen Stationen wird an Ereignisse erinnert, bei denen in Oldenburg **Diskriminierung und Ausgrenzung** stattgefunden haben. Unser Blick ist nach vorne auf eine Zukunft gerichtet, in der sich die Menschen untereinander wertschätzen. Die **erste Station** wird der Oldenburger Hauptbahnhof sein. Dort wird auf die Rolle des Bahnhofs bei Deportationen aus Oldenburg (Menschen jüdischen Glaubens) und nach Oldenburg (Zwangsarbeiterjnnen, Migrant_innen) aufmerksam gemacht. An der **zweiten Station**, in der Klävemannstraße bei IBIS e.V. wird über die Lage und das Schicksal von Flüchtlingen in Oldenburg informiert. Die **dritte Station** führt zum herrschaftlichen Gebäude der Oldenburger Arbeitsagentur. Ein Grund über die Ausgrenzung durch Armut öffentlich zu sprechen. Am nahegelegenen Hafen wird an der **vierten Station** Diskriminierung aufgrund des Geschlechts thematisiert und z.B. über die Situation von Sexarbeiterinnen reflektiert. Die **fünfte Station** im Abraham-Gang klärt über das jüdische Leben in Oldenburg auf, über die Enteignung von jüdischen Familien und die Umbenennung von Straßen im Nationalsozialismus und heute. Der Antisemitismus wird auch an der **sechsten Station** im Mittelpunkt stehen. Die Betreiberin des „Berliner Zimmer", die gerne von den Oldenburger Medien wie die NWZ beworben wird, wird aufgrund ihrer Leugnung des Holocaust öffentlich wirksam kritisiert. Dem Antisemitismus wird in „bester Gesellschaft" immer noch gefrönt. Die **siebte Station** führt direkt ins Zentrum der Fußgängerzone zum früheren Nazi-Hauptquartier, dem sogenannten „braunen Haus" in der Wallstraße. Ausgehend von der historischen Situation in Oldenburg, wo die Nationalsozialist_innen schon 1932 an die Macht kamen, wird über aktuelle Entwicklungen des Rechtsradikalismus berichtet. An der **achten Station** wird an Zwangssterilisationen im Peter-Friedrich-Ludwig Hospital (PFL) erinnert und über deren Aufarbeitung durch die Stadt Oldenburg heute erzählt.

Der demonstrative Stadtrundgang findet am 7. Juli 2012 statt und startet um 11.00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz.

Wir laden alle Menschen ein, die Lust haben, etwas mehr über das Zusammenleben in Oldenburg zu erfahren, sich unserem Stadtrundgang anzuschließen und sich gleichzeitig Gedanken um eine Zukunft zu machen ohne jegliche Diskriminierung.

Mi.	04.7.	21:00	FLIT-Kneipe
Fr.	06.7	22:00	Balkanpartysani
Sa.	07.7.	22:00	Mash up di place
Mo.	09.7.	21:00	Punk-Konzert
Mi.	18.7.	21:00	Punk-Kneipe
Fr.	20.7.	22:00	Gruftiparty – Traurig sein oder waschen
Sa.	21.7.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	27.7.	22:00	Mix Tape-Partie
Sa.	28.7.	23:00	Rosa Disco

JULI

WÖCHENTLICH

Mo.	20:30	Antifa-Cafe
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	17:30	Action Samba Band, RoR
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

MONATLICH

Mo.	17 - 19 Uhr
Di.	16 - 19 Uhr
Do.	18 - 21 Uhr
Fr.	16 - 19 Uhr

INFOLADEN ROTER STRUMPF